

Wo stehen wir

Wohin

gehen wir



REDE DES VORSITZENDEN DER
SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS,
ERHOHL AM 14. SEPTEMBER 1945 VOR DEN
AREN DER PARTEI IN DER NEUEN WEIT

379-14/11

A 97 - 09676

WO
stehen wir
WOHIN
gehen wir?



DER HISTORISCHE AUFTRAG DER

SPD

„Telegraf-Archiv“

329.14/16/1

I N H A L T

Wo stehen wir, wohin gehen wir? Ein Kampf in ernster Zeit	3
Von 1918 bis 1945. Bekenntnisse und Erkenntnisse	9
Bankrott und Neubau der Wirtschaft	17
Abgrenzungen. Der Weg der Partei	28
Neubau eines Staates. Der historische Auftrag der SPD	38

A 97 - 09676

Wo stehen wir, wohin gehen wir?

Ein Kampfruf in ernster Zeit

Ein historischer Versammlungsraum inmitten des volkreichen Arbeiterviertels Neukölln: Die „Neue Welt“.

Hier haben mehr als einmal deutsche und französische Sozialisten sich die Bruderhand gereicht, um drohende Kriege abzuwenden. Hier haben viele Tausende unserem August Bebel zum siebzigsten Geburtstag gehuldigt. Hier begrüßten schon im Kaiserreich die Berliner einen deutschen Parteitag. Hier wurde der Samen sozialdemokratischer Ideen in das empfängliche Gemüt heranwachsender Generationen gestreut. Hier fanden sich unter dem Terror des Naziregiments die Ungebeugten und Ungebrochenen unter der Tarnkappe eines Männerchors zusammen, und hier strömt es heute, zu ungewohnter Stunde, Werktag vormittags 10 Uhr, aus allen Zugangsstraßen und Haltestellen zusammen — folgend einem Rufe der Sozialdemokratischen Partei. Neues Leben soll erblühen aus den Ruinen, so steigen sie denn aus den Trümmern ihrer zerstörten Stadt, aus den Kellern und Bunkern, in die das Kriegselend sie trieb, so heben sie die Augen wieder empor zum Licht, das der geistige Kerker ihnen verdeckte, und erfüllt mit prachtvoller Zuversicht und ungebrochenem Trotze formen sie sich zu den neuen Kadern der alten Partei. Es sind nur die Funktionäre gerufen, die Funktionäre einer totgesagten Partei, und doch, sie kommen zu hunderten, ja mehreren Tausend, sie füllen den Saal, den Balkon, die Galerien des weiten Raumes, sie türmen sich hinter- und übereinander, überstrahlt vom tiefen Rot der blumengeschmückten Bühne, von der die Initialen der SPD fest und ruhig herableuchten.

VERLAG **Das Volk** BERLIN

G M B H.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages

Druckhaus Tempelhof, Berlin-Tempelhof, 10.45. 100 000

So wird Heerschau gehalten im roten Berlin. Könnten sie doch alle mit emporsteigen, die in den Gräbern liegen, die von uns scheiden mußten in der Nacht, deren Auge nicht mehr schaut die Hoffnung eines freien Deutschland, die wir still und ungeehrt zur Ruhe tragen mußten, während in unserer Brust das Feuer weiter glühte trotz Kälte und Dunkelheit.

Aber die, die da leben, sie sind alle da. Es liegt eine Stimmung verhaltener Freude in ihren Augen und die Hände zittern noch ein wenig, die sich nach langer, langer Pause zum erstenmal wiederfinden — nach so viel Sorgen, in so hartem Leid. „Laßt uns Brüder sein“, dieser Sehnsucht in der Brust eines jeden geben die Sänger Ausdruck und der Gruß des Vorsitzenden, Genossen Fechner, an die Gesinnungsfreunde und Gäste ist auf den gleichen Ton gestimmt.

„Wo stehen wir, wohin gehen wir“, so hat Genosse Grotewohl, der Redner für den Zentralausschuß, die Frage formuliert, die er behandeln und beantworten will. In einem weit ausholenden Gesamtbild zeichnet er zunächst die Entwicklung der Hitlerherrschaft und deren Wirkung auf Land und Volk. Schonungslos deckt er die eigenen Irrtümer, Versäumnisse und Fehler auf, um ihre Wiederholung zu vermeiden. Brausender Beifall begleitet seine Verwahrung gegen ungerechtfertigte Beschuldigungen. Er wiederholt sich, als der Redner warnend seine Stimme gegen jeden Versuch erhebt, altes Parteigezänk neu zu züchten und alte Anklagen zwischen den Parteien neu aufzuwärmen. So dient man dem Wachsen einer demokratischen Volksgesinnung nicht, sondern bereitet nur neue Zersplitterung vor.

Stolz kann Genosse Grotewohl auf die organisatorischen Erfolge der Partei in wenigen Monaten hinweisen, um dann auf die Möglichkeiten des Neubaus einzugehen, welche die Potsdamer Beschlüsse dem deutschen Volke belassen, aber auch die Schwierigkeiten nicht zu verhehlen, welche nach diesem Aderlaß dem Aufbau entgegenstehen. Das Elend der Flüchtlinge aus den abgetrennten Gebieten, die Gefahren für die Ernährung, die Notwendigkeit der Agrarreform, der Verkehrs- und Wirtschaftseinheit, die Sorge um die Kriegsgefangenen, die Frage der Reparationen finden ihre gründliche Behandlung. Aber auch die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften, deren Aufgaben in ganz neue Betätigungsfelder gewachsen sind, findet eingehende Erörterung. Besonders eindringlich wird der Appell an die Männer der Wissenschaft und der Forschung, an den Kaufmann und Ingenieur, die berufen scheinen, wichtigste Funktionen in dem total geänderten Wirtschaftskreis Deutschlands und seiner Nachbarn zu übernehmen. Gleich wirksam ist die Mahnung an Rechtswissenschaft

und Rechtsausübung, die erschreckende Verirrungen und Schändungen menschlicher Grundrechte gutzumachen haben. Nicht minder wichtig sind die Aufgaben, welche der Schule und dem gesamten Erziehungswesen zufallen. Sie müssen den Geist der Deutschen abwenden von den finsternen, aus Neid und Haß geborenen Eingebungen der eigenen Ueberheblichkeit und der Unterdrückung anderer, an ihre Stelle soll das hohe Lied des Menschentums und der Menschenliebe treten, wie es Lessing, Goethe und so viele andere vorbildlich geformt haben. Dabei konnte auch ein energisches Halt gegenüber denen nicht unausgesprochen bleiben, welche die ungeklärte Situation zu Rückschritten im konfessionellen Geist ausnützen wollen. Der Staat und die Kirche gehen jede einen eigenen Weg, der eine hindert den anderen nicht, aber er schreibt ihm auch nichts vor, dabei muß es bleiben.

Mit einem großen geschichtlichen Abriss, der die Entwicklung und die Rolle Deutschlands im Rahmen des europäischen Geschehens der letzten drei Jahrhunderte zu umreißen und erläutern versucht, schloß Grotewohl seinen umfassenden Vortrag, dem mehr als viertausend empfängliche Zuhörer aus allen Gesellschaftsschichten mit Spannung gefolgt waren und den sie mit immer sich wiederholendem Beifall unterstrichen. Es wurde in Wahrheit ein Fundament gelegt für das Wirken der Sozialdemokratie im kommenden Aufbau Deutschlands. Der Vortrag konnte nicht nur die breiten Schichten der Arbeiterschaft von neuem mit dem Bewußtsein ihrer geschichtlichen Mission erfüllen, sondern auch weite Kreise, die sich früher Bürger im Besitzsinne nannten und die durch zwei Kriege, Inflation und Wirtschaftskrise enteignet und enterbt wurden, einen neuen politischen Standpunkt vermitteln. Beide sollen vom Untertanen des Feudalstaates, des Obrigkeits- und Militärstaates zum selbstbewußten Staatsbürger einer freien demokratischen Gesellschaft emporgehoben werden.

Das war der Ausklang des umfangreichen, tiefplügenden Gedankenganges, den der Redner vor der in Spannung ausharrenden Hörergemeinde entwickelte und den diese mit immer sich wiederholendem Beifall begleitete. Wir wollen die Träger der neuen Welt, die Grundsteinleger für den Neubau im Geiste des Sozialismus sein — das war das Echo, das sowohl in den Schlußworten des Genossen Fechner wie in den Herzen der Zuhörer geweckt wurde und das mit ihnen hinausströmte aus dem altgewohnten Kampfraum in die großen Bezirke der Stadt Berlin und ihre weitere Umgebung. Der nur stellenweise geänderte Text dieser Blätter ist bestimmt, den gleichen Entschluß zu tatkräftiger Mitarbeit in weiten Leserkreisen zu wecken.

Eröffnungsansprache des Genossen Max Fehner

Verehrte Anwesende! Genossinnen und Genossen!

Ich begrüße Sie im Namen des Zentralaussschusses der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und zugleich auch im Namen des Bezirkes Groß-Berlin! Ich begrüße im besonderen die Vertreter des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands, an ihrer Spitze den Genossen Wilhelm Pieck, dem ich einen besonderen persönlichen Gruß darbringe als demjenigen, an dessen Seite ich schon in meinen jüngsten Jahren in der Organisation kämpfen konnte. Mein Gruß gilt auch der Bezirksleitung Berlin der Kommunistischen Partei sowie nicht zuletzt auch den Vertretern des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes! Ferner begrüße ich die Vertreter der gesamten in Berlin erscheinenden Tageszeitungen!

Der Zentralaussschuß und der Bezirksvorstand Groß-Berlin der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands haben die Funktionäre und Vertrauensmänner zu einer außerordentlichen Funktionärversammlung einberufen. Nicht nur die Berliner Funktionäre sind diesem Rufe gefolgt, sondern auch eine Anzahl von Delegierten einer Reihe von Bezirken und größeren Ortschaften aus dem Reichsgebiet sind heute erschienen. Diese Genossen begrüße ich besonders herzlich!

Nach dem ersten öffentlichen Auftreten der Partei, der ersten Funktionärversammlung im Juni 1945 sind fast drei Monate vergangen. Dank dem Entgegenkommen der Besatzungsmächte, insbesondere der Sowjetischen Militärischen Administration, haben wir in der Zwischenzeit die Organisationsarbeit aufnehmen und mit dem Aufbau des Apparates der Partei beginnen können. Dieser Organisationsaufbau ist noch im vollen Gange und wir können schon jetzt stolz auf das Ergebnis dieser ersten Arbeit sein. Wir haben die Hoffnung, daß diese Arbeit auch im westlichen Reichsgebiet, wo wir mit den Vorarbeiten begonnen haben, von demselben Erfolg gekrönt sein wird.

Der Zeitraum von drei Monaten umschließt ein Ausmaß an Organisationsarbeit, an Aufbauarbeit in kommunaler Hinsicht, ein Ausmaß von Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung, von der ein Außenstehender sich kaum eine Vorstellung zu bilden vermag. Manche der Arbeiten konnten schon abgeschlossen werden. Eine Reihe von Maßnahmen stehen vor ihrem Abschluß. Weitere wurden in Angriff genommen. Es erscheint deshalb dem Zentralaussschuß notwendig, der Partei, den Mitarbeitern und Anhängern einen umfassenden Überblick zu geben über den gegenwärtigen Stand der politischen Wirksamkeit der Partei, die Entwicklung und die Erfahrungen der letzten Monate auf allen Gebieten unserer Arbeit zwingen uns dazu, Aufschluß darüber zu geben, nach welchen Grund-

sätzen die Arbeit des Zentralaussschusses, der Führungsstelle der Partei, durchgeführt wird. Darüber hinaus erscheint es notwendig, dem ganzen Volke und auch der Welt die Leitlinien unserer zukünftigen Politik aufzuzeigen.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands, wohl unbestritten die größte antifaschistisch-demokratische Organisation unter den vier Parteien, die durch den Erlaß des Herrn Marschall Schukow als Träger der politischen Willensbildung des deutschen Volkes sich formieren konnten, erachtet es gerade im gegenwärtigen Moment für notwendig, ihre Anhänger aufzurufen zum vollen Einsatz für den Aufbau eines wahrhaft demokratischen Staates. Dieser Aufruf erfolgt in dem Augenblick, in dem die politische Indifferenz des deutschen Volkes als Folge der nazistischen Politik und des militärischen Zusammenbruchs der Welt sichtbar wird. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands stellt sich zur Aufgabe, dieser verhängnisvollen Einstellung entgegenzuwirken. Sie ist bereit und willens, für diese Aufgabe alle Kräfte zu mobilisieren. Sie ist sich jedoch bewußt, daß diese Mobilisierung nur möglich ist, wenn Klarheit über die Ziele, die wir uns gesteckt haben, gewonnen wird. Diese Klarheit zu schaffen, das ist die Aufgabe der heutigen Funktionärversammlung.

REDE DES GENOSSEN OTTO GROTEWOIL

*Von 1918 bis 1945
Bekanntnisse und Erkenntnisse*



O. Grotewoil

Der 17. Juni 1945 war für die Sozialdemokraten ein historischer Tag. Er brachte die Wiedergeburt der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Inmitten eines chaotischen Zustandes auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet fanden sich mehr als 1500 sozialdemokratische Kämpfer zusammen, um den ersten Grundstein für den Beginn einer neuen Aufbauarbeit zu legen. Nach Ablauf von drei Monaten werfen wir heute die Frage auf: „Wo stehen wir, und wohin wollen wir?“ Wir wollen diese Frage umfassend und gründlich beantworten durch eine klassenpolitische Deutung der Vorgänge von 1933 und von 1945. Die Beantwortung der Frage soll mit restloser Ehrlichkeit und Offenheit vor der deutschen Arbeiterschaft und der Weltöffentlichkeit erfolgen. Wir wollen eine eindeutige Schlussfolgerung aus der Deutung der Lage von 1945 ziehen.

1918 war Deutschland eine Demokratie geworden, eine Demokratie im vollen Sinne des Wortes, in der alle Gewalt vom Volk ausgehen sollte. Die Verfassung bot die Handhabe zu allem, was das Volk wollte. Die Demokratie der Weimarer Verfassung war total und kannte grundsätzlich keine staatsfreie Sphäre, so daß weite Teile der deutschen Arbeiterklasse in der Demokratie von Weimar die Magna Charta für den Sozialismus ahnten. *Wir ahnten es*, die Bourgeoisie aber *wußte* und fürchtete es. Hier beginnt unsere Schuld am Hitlersystem. Die Schuld der Arbeiterklasse am Hitlersystem ist nicht nur, daß sie 1932 oder 1933 sein Kommen nicht verhindert hat, sondern daß sie von der Geburtsstunde der Demokratie an nur politische *Taktik* betrieb, ohne zu wissen, daß es ihre Aufgabe war, auch eine politische *Strategie* zu betreiben.

Die hochkapitalistische Bourgeoisie hatte dagegen vom ersten Augenblick an den lebensgefährlichen Totalitätscharakter der Demokratie erkannt und begriffen. Die Hochbourgeoisie hatte Kriegsgewinne zu verteidigen und Reparationslasten abzuwälzen. Sie bezog die Bastionen des Parlaments und der Sozialisierungskommissionen, um von da aus mit den Mitteln der Demokratie und des Machtmißbrauchs unter der Hand der Arbeiterklasse die Fänge zu beschneiden.

Sie machte sich an die finanzielle und damit an die entscheidende Beherrschung aller Instrumente der Massenföhrung. Die drei Verderber Deutschlands: Stinnes, Hugenberg und Kirdorff tauchten in Presse, Film und allen Hauptpositionen der öffentlichen Meinungsbildung auf. Es gab bald keine bürgerliche Zeitung, keine Zeitschrift mehr, die nicht auf eine der tausend Fesselungsarten vom Kauf bis zur Aufлагengarantie, von der Annoncensicherung bis zur persönlichen Korruption gebunden wurde. Von Stinnes wurde jener „große Topf“ von 500 Millionen Goldmark mit begründet, der wie der einstige Spandauer Kriegsschatz seinen Pegel nicht unterschreiten durfte. Aus diesem „großen Topf“ wurden Verleger und Verlage gekauft, bestochen und vergoldet. Ueber ihn wurde Einfluß auf Forschungsinstitute, Lehrstühle, Sachverständigenausschüsse und Richterkollegien genommen und großzügig „Forschungen“ aller Art gefördert. So vertraten Schwerindustrie und Großgrundbesitz ihre illegale Kampfweise in der Demokratie, ehe Hitler an der Macht war. Man lebte in der guten Rationalisierungs- und Aufbaukonjunktur.

Auch die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften hatten ihre hohe Zeit. Ihre Sozialisierungspolitik hatte die Formel und die Praxis der Wirtschaftsdemokratie gefunden, an deren Ende der Reichswirtschaftsrat sichtbar wurde. Sozialbetriebe und Konsumvereine der Arbeiterschaft machten größte Fortschritte. Dennoch geschahen in dieser Periode zwei große Fehler. Der erste war die Nichtbeachtung der schwerkapitalistischen Aufrüstung gegen die Demokratie, und der zweite war die mangelhafte Organisation der Abwehr. Die Arbeiterklasse hatte übersehen, daß mit dem Umsturz 1918 und mit dem Höllensturz der Inflation Millionen von Deklassierten und Angehörigen des mittleren Bürgertums Proletarier geworden waren, und daß ferner mit der Entstehung der Höchstformen von Syndikaten und Trusts in Industrie und Handel der Mittelstand in Stadt und Land dem Liberalismus entfremdet und der Arbeiterschaft erreichbar geworden war. Sie hatte übersehen, daß die Riesenstäbe von wissenschaftlich vorgebildeten Fachhelfern in den Syndikaten, Konzernen und Trusts, Lenkungs- und Forschungsstellen als deren unentbehrliche Spezialisten nach ihrer Klassenlage nicht Hörige der hochkapitalistischen Bourgeoisie hätten werden dürfen, sondern daß sie zur Arbeiterklasse gehört hätten.

Der Weimarer Demokratie fehlte ein Sammelbegriff, wie ihn heute die Parole des Antifaschismus darstellt. Weiße Schichten des deutschen Volkes wurden zu politischem Treibholz, das willenlos und planlos umhertrieb. Die Sozialdemokratie hatte den Anschluß an die Entwicklung der Lage versäumt. Wir hatten uns mit der Erfassung der Arbeiter, Angestellten und Beamten begnügt, wie uns das Taktieren in den Bahnen der parlamentarischen Demokratie und des Wirtschaftsparlamentarismus genügte. Die Vielzahl der Parteien in der Weimarer Demokratie und die Erscheinung der Vielgruppenherrschaft waren weder ein Zufall noch eine Gesetzmäßigkeit der

Demokratie. Sie waren vielmehr das Ergebnis eines strategischen Fehlers in der Klassenpolitischen Ausnutzung der Chancen, welche die Demokratie der Arbeiterschaft bot.

Solange alles gut ging, etwa bis zum Jahre 1929, trat die Gefahr nicht zutage. Aber die Stunde mußte kommen, wo Hitlers Saat aufging und Hitler zum Degen der Großindustrie werden mußte. Sie kam wie mit dem Ablauf eines Uhrwerks in der Wirtschaftskrise 1929 bis 1930 und besonders mit dem Banken- und Währungsbruch 1931. Die Folgen der strategischen Fehler mußten gesellschaftlich und politisch zutage treten. Die Krise verlief zunächst wie jede andere und wie überall in der Welt. Als aber Milliarden ausländischer Kurzkredite gekündigt wurden, die langfristig zu Konzern- und Trustaufbauten von den Banken ausgeliehen waren, begannen mit dem Lahusenbruch in der Nordwolle die Großbankenzusammenbrüche sich wie eine Lawine zu ergießen, wie sie die Krisengeschichte der Welt nicht kannte. In dieser Lage stand für die Hochbourgeoisie Hals und Kragen auf dem Spiel. Die demokratische Verfassung bot die gefährliche Handhabe zu jeder Verstaatlichung, die Großbanken unterstanden bereits der Kontrolle des Staates. Die Großindustrie handelte, wie sie handeln mußte, um sich zu retten. Hitler war ihr Retter!

Es mußte eine Staatsgewalt her, die nicht sozialisierte. Die Demokratie mußte weg. Hitler machte durch Papen seinen Weg in den Herrenklub und dann zur Schwerindustrie. Ueber die Bankhäuser Levy-Stern und Schröder kam es zur finanziellen Sanierung der NSDAP. Die Arbeitslosenziffer stieg rapide, weil die Schwerindustrie jetzt zur Beschleunigung zusätzlich Betriebe schloß. Der Notbrückenhau Brüning, außen-, innen- und sozialpolitisch, mit den unerhört selbstlosen Lohn- und Gehaltsoffern der Arbeiter, Angestellten und Beamten war umsonst. Ueber Brüning, Papen, Schleicher ging es vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. So kam es zum 30. Januar und 5. März 1933. Die Regierung hieß Hitler-Hugenberg. Das Drama von 1933 war da.

Unsere beiden klassenpolitischen Fehler, die gegen die Demokratie gerichtete selbstverständliche illegale Aktion der Hochbourgeoisie nicht zu erkennen und deklassierte Massen nicht zu organisieren, hatten sich gerächt. Die klassenpolitische Bedeutung des Dramas von 1933 bestand in der Beseitigung der Demokratie als der Voraussetzung der Existenz einer organisierten Arbeiterklasse und in der Errichtung einer Diktatur der hochkapitalistischen Bourgeoisie in den Formen des hitlerischen Cäsarismus und des sogenannten deutschen Sozialismus; beide waren nur Masken hochkapitalistischer Diktaturmethoden. Die organisierte, aber in sich gespaltene Arbeiterschaft als überwiegende Macht im Staate hatte es nicht vermocht, Großindustrie und Großgrundbesitz der Staatsgewalt ein- und unterzuordnen. Sie hat es auch nicht vermocht, jene an sich nach der Klassenlage bereiten Mittelklassen so einzugliedern, daß dem Staatsstreich der Hochbourgeoisie mit demokratischen Mitteln vorgebeugt werden konnte.

Daß von uns hier die Schuldfrage gestellt wird, ist zur Klärung und Selbstverständigung unumgänglich. Innerhalb der organisierten Arbeiterklasse und der in Erscheinung tretenden Arbeiterparteien aber zum eigenen Lobe eine *Beschuldigung anderer Gruppen oder Personen* zu wagen, ist eine Vermessenheit, die keinem zusieht und in ihrer Auswirkung lediglich geeignet ist, die Entwicklung zur organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse zu hemmen und zu stören. Wir wußten ja nicht einmal, daß auch eine Demokratie berechtigt und verpflichtet ist, zur Abwehr einer Verfassungsverletzung Gewalt anzuwenden. Wir haben auch nicht gewußt, daß die Arbeiterklasse gegen eine hochkapitalistische Diktatur keinerlei Gegenwehr mehr hatte, wenn ihr die Waffe der Demokratie einmal aus den Händen genommen war. Die im Artikel 48 gegebene Möglichkeit, die Erhaltung der Demokratie durch Anwendung der Staatsgewalt zu sichern, wurde nicht genutzt. Die Gegner der Demokratie nutzten sie jedoch zu ihrer Beseitigung.

Was nötig ist, ist die Selbstverständigung über das Geschehene, ist die klare Erkenntnis von Unterlassungen und Fehlern, ist die entscheidende Erkenntnis, daß wir zu Unrecht glaubten, nicht mehr wie unter dem Dreiklassenwahlrecht in einem Klassenkrieg zu leben. Wir glaubten, auf Strategie verzichten zu können und mit parlamentarischer Taktik und mit Positionseroberungen im demokratischen Staat auszukommen. Notwendig ist die Erkenntnis, daß es auf unserem Weg zum Sozialismus keine proletarisierte Masse und keine kleinbürgerliche Intelligenz geben darf, die wir nicht für uns gewinnen müssen. Notwendig ist es auch, daß wir vor den Massen da, wo uns eine Schuld trifft, diese Schuld bekennen und damit die Grundlage für eine von Vertrauen getragene Klassenführung schaffen. Notwendig ist es endlich, daß wir daraus lernen, eine Politik aufzubauen, die es wegen ihrer einfach bezwingenden Richtigkeit unmöglich macht, daß es im Kampf der Arbeiterklasse um ihre Ziele mehr als eine große Partei geben kann. Wir hatten nach 1918 die Schlacht um die Sozialisierung verloren, weil die Spaltung der Arbeiterklasse ihren Sieg verhinderte. 1933 haben wir die Schlacht mit der Hochbourgeoisie um die Demokratie und den Sozialismus verloren, weil wir schwere Fehler gemacht hatten.

Die Ereignisse von 1933 bis 1945 sind ein absolut klarer Ablauf der aus dem *Staatsstreich von 1933 folgenden Notwendigkeiten*. Zunächst der Totalbetrug des Nationalsozialismus mit der unproduktiven Arbeitsbeschaffung, ihr äußerlicher Erfolg wirkte lähmend auf die Erkenntnis und verführend auf die Stimmung, weil der Trugschleier ohne Presse und öffentliche Diskussion nicht gelüftet werden konnte. Weil diese Arbeitsbeschaffung unproduktiv und fast nur Rüstungsproduktion war, endete und mußte sie enden in einem Eroberungskrieg. Sodann das Zuckerbrot und die Spiele Hitlers für die Massen, der sogenannte „Deutsche Sozialismus“ von der Volksgemeinschaft ohne Klassen bis zur „Kraft durch Freude“ und zum Winterhilfswerk, in dem der große Korruptionstopf der Hochbour-

geoisie schließlich aufgegangen war. 1938 gab es keine Arbeitslosen mehr, der Betrug konnte nicht mehr weitergeführt werden. Es hieß Farbe bekennen. Hitler rief jetzt aus: „Exportieren oder sterben!“ Aber das hätte bedeutet, den Betrug der Arbeitsbeschaffung einzugestehen, sobald das Steuer herumgerissen wurde. Denn die Welt hätte nach Rheinland, Oesterreich, Sudetenland und Memel selbstverständlich den deutschen Export auf der ganzen Linie boykottiert.

Die Wahl stand zwischen Eingeständnis des nazistischen *Bankrotts oder Krieg*. Die Wirtschaft hatte sich an das Dividendenschlucken aus Autobahnen, Parteibauten und Rüstung gewöhnt. Es gab kein Zurück, die Wahl fiel auf Krieg.

Die Großindustrie wußte, daß jeder Krieg auf Leben und Tod gehen mußte. Aber an das Dividendenschlucken gewöhnt und weil der Diener Hitler der Herr geworden war, stolperte man in den zweiten Weltkrieg. Das *Alldeutschum* feierte wieder seine Triumphe, auch in der betrogenen und belogenen Volksseele; denn die auf den Krieg nicht vorbereitete Westwelt brach unter dem ersten Ansturm fast zusammen. Dann erfolgte der treubruchige Ueberfall Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion. Verbündet mit Italien und Japan stand Hitler bald vor den Toren Moskaus, den Quellen des Baku-Oels und in den Wüsten Afrikas. Japan eroberte beinahe China und den ganzen Süd-Pazifik bis Burma. Als das Halt geboten war, kam es 1945 zum Schluß in Berlin.

Wenn wir als organisierte Arbeiterklasse an dem Drama von 1933 manche Schuld trugen, der Schuldanteil muß geklärt und deutlich umrissen werden, den die deutsche Arbeiterklasse an den Taten des Hitlersystems und am zweiten Weltkrieg auf sich zu nehmen hat. Wenn Vereinsfreiheit, Pressefreiheit, Hör- und Diskussionsfreiheit, Koalitions- und Streikrecht fallen, so daß die Parole lautet: entweder hungern und sterben oder arbeiten und schweigen, so ist eine *Revolution unmöglich*. Engels hat im Vorwort zu den „Klassenkämpfen in Frankreich“ eine Revolution schon unter den Umständen des Dreiklassenwahlrechts und des stehenden Heeres trotz unangetasteter Grundrechte der preußischen und der Reichsverfassung für unmöglich erklärt. In der hochkapitalistischen Gesellschaftsverfassung ist die Demokratie für die Arbeiterklasse notwendiger und unentbehrlicher als die Luft zum Atmen. Fällt sie und tritt ein faschistischer Cäsarismus an ihre Stelle, so löst sich die organisierte Arbeiterklasse in Atome auf mit absoluter Verohnmachung jedes einzelnen. Tritt ein Spitzel hinter jeden gebeugten Arbeiterrücken, drohen Denunziation, Konzentrationslager und Tod auch jedem in der Vereinzelung. Hochkapitalistische Wirtschaft und Demokratie sind Entsprechungsbegriffe für eine friedliche, wenn auch in Klassenkämpfen sich fortentwickelnde Gesellschaftsverfassung. Hochkapitalistische Wirtschaft *ohne Demokratie* ist ein einseitig bewaffneter Kriegszustand im Inneren: SA, SS, Gestapo und SD, die Konzentrationslager, der Galgen und schließlich die Guillot-

tine, wo das Schwert zu langsam wird, sind die äußeren, beweiskräftigen Merkmale.

Eine Befreiung von Hitler und von der mit ihm in den Krieg gestolperten und gesunkenen Hochbourgeoisie konnte nicht von innen, sie konnte nur von außen kommen. Sie wäre auch 1944 im Juli nur von außen gekommen, wenn sie geglückt wäre; denn auch damals waren die Kriegsfrenten schon von Stalingrad und Tiflis nach Polen, von El Alamein nach Italien und vom Atlantikwall fast an den Rhein zurückgebrochen. Die Niederlage war schon mit Händen zu greifen. Ehre und Ruhm den Männern vom 20. Juli, ob sie dem Großen Generalstab und dem Adel, der bürgerlichen Intelligenz oder verantwortungsbereiten Wirtschafts- und Beamtenkreisen, der Arbeiterklasse angehörten oder kämpfende Einzelrevolutionäre waren!

Ich habe mich vom Standpunkt des deutschen Volkes aus in der geschichtlichen Kundgebung der vier antifaschistischen und demokratischen Parteien am 12. August 1945 im Funkhaus Berlin zum *Schuldbekennnis* eingehend und grundlegend geäußert. Hier spreche ich nochmals vom Standpunkt der Arbeiterklasse dazu und erkläre: Die deutsche Großindustrie und die NSDAP sind schlechthin schuldig am Kriege. Das deutsche Reich als Staat und das deutsche Volk als Staatsbevölkerung mögen für *verantwortlich* erklärt werden; das ist das Recht des Siegers. Auch Reparationen sind das Recht des Siegers. Große Teile der Arbeiterklasse nahmen die Demokratie aus den Händen der Sieger entgegen, erfüllten freudig ihre Pflicht und begrüßen die Sieger auch als ihre Befreier.

Die Alliierten mußten mit Hitlers Kriegsmaschine auch die Hochbourgeoisie der Achse niederkämpfen, die auf dem Marsch nach den Schlüsselpunkten der Welt war. Die Völker der Sowjetunion mußten in ihrem großen Vaterländischen Krieg die Oktober-Revolution von 1917 und alles Gewaltige seitdem verteidigen, als sie den Invasoren und Okkupanten so heldenhaft widerstanden und sie schließlich niederschlugen.

Die Befreiung Deutschlands und die Wiederaufrichtung der Demokratie brachten der organisierten Arbeiterschaft *Pflichten*, aber auch Rechte: Das Recht auf die Wiedererrichtung ihrer Organisationen und ihrer Presse unter eigener Verantwortung, das Recht auf freie Betätigung und auf Beteiligung an jeglicher Verwaltung; die wiederersteht, das Recht auf Einheit, Arbeit und Brot in den Grenzen, die die Sieger uns lassen. Erst die Sicherung dieser Rechte kann eine Garantie dafür schaffen, daß der Kampf gegen Faschismus und Militarismus zum Erfolge führt und nicht eine taube Nuß wird.

Die klassenpolitische *Deutung des Dramas von 1945* kann dahin formuliert werden, daß es mit dem völligen militärischen Zusammenbruch des Hitler-Cäsarismus auch den Zusammenbruch der hochkapitalistischen deutschen Bourgeoisie brachte. Als Demokräten sind die Okkupationsmächte auch selbst daran interessiert, daß der Geist des Faschismus und Militarismus in Deutschland beseitigt wird. Weil

dafür nur eine starke, organisierte Arbeiterschaft eine Verantwortung übernehmen kann, darf diese für sich die Freiheit ihrer Organisationen und Organe sowie Einfluß und Mitwirkung in allen Verwaltungen beanspruchen. Sie hofft, daß ihr Entschlußfreiheit und Unabhängigkeit für ihre Willensbildung gewährt werden, weil die Durchführung ihrer Aufgabe, die Wiederkehr einer kriegerischen Hochbourgeoisie und eines faschistischen Cäsarismus zu verhindern nur in dem Maße möglich sein kann, in welchem die Siegerdemokratien die Voraussetzungen für die Einheit des verbleibenden Gebiets und für die Schaffung von Arbeit und Brot für die verbleibende Bevölkerung zu schaffen fähig und bereit sind.

Die Partei auf dem Marsch

Wo stehen wir heute mit der Parteiorganisation?

Am 10. Juni 1945 erlaubte der Marschall Schukow im sowjetischen Okkupationsgebiet die Bildung von politischen Parteien und von Freien Gewerkschaften unter der Kontrolle der Besatzungsbehörden. Am 17. Juni 1945 trat die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder auf die politische Bühne. Der Aufruf des Zentralausschusses fand die begeisterte Zustimmung unserer Genossinnen und Genossen in Stadt und Land. Überall legten sie opferwillig Groschen auf Groschen und Mark auf Mark. Aus einem Nichts heraus entwickelten sich oft völlig unsystematisch und planlos überall Ortsgruppen und Ortsvereine. Durch das völlige Fehlen von Postverbindungen und die schlechten Verkehrsverhältnisse waren die Genossen an vielen Stellen oft auf sich allein gestellt. Aber alte Organisationserfahrung und begeisterte Hingabe schufen in Verbindung mit oft glänzender Improvisation ein neues Gerippe für die Partei. Heute ist bereits über das gesamte sowjetische Okkupationsgebiet ein *dichtes Netz von Ortsvereinen* gezogen, die überall zu Kreisvereinen vereinigt werden. In Anlehnung an die geschaffenen Provinzialverbände und Länder sind diese Orts- und Kreisvereine zu Bezirksverbänden zusammengefaßt in Groß-Berlin, Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. An der Spitze der Bezirksverbände stehen überall Bezirksvorstände, die sich aus politisch und organisatorisch erfahrenen und befähigten Genossen zusammensetzen.

Unsere Zeitung „Das Volk“ soll demnächst in einer größeren Auflage erscheinen. Der Ausbau der Parteipresse schreitet unentwegt fort. An den Orten der Bezirksvorstände werden in Kürze Bezirkszeitungen erscheinen. Bei all diesen Bemühungen finden wir das offene Ohr der sowjetischen Besatzungsbehörde und die Bereitwilligkeit zur Hilfe. Wir erkennen es dankbar an, daß die sowjetische Administration grundsätzlich bereit ist, unsere Rechtsansprüche an das uns seinerzeit durch die Nazis geraubte Vermögen an Druckereien, Parteihäuser usw. anzuerkennen und zu unterstützen.

Zur sachlichen Vertiefung unserer Arbeit hat der Zentralaussschuß eine Reihe von Ausschüssen eingesetzt, in die sachverständige Genossen berufen wurden. Solche Ausschüsse bestehen für Wirtschaftspolitik, Kommunalpolitik, Sozialpolitik, Agrarpolitik, Justiz- und Verwaltungswesen und andere Gebiete. Die Herausgabe von Informations- und Referentenmaterial, einer Broschürenreihe und eines sozialistischen Kalenders ist im Werden. Mit Beginn des Winters setzt auf breiter Grundlage die politische, wirtschaftliche und sozialistische Schulung unserer Redner und Funktionäre ein, um auf allen Gebieten unseres vielgestaltigen Betätigungsfeldes für einen leistungsfähigen und klassenbewußten Nachwuchs zu sorgen.

Ueber den engeren Rahmen unserer Organisation hinaus haben wir mit dem Zentralkomitee der *Kommunistischen Partei* einen gemeinsamen Arbeitsausschuß zur Vertretung der Interessen des schaffenden Volkes in Stadt und Land und zur Bildung eines festen Blocks aller antifaschistischen demokratischen Parteien gebildet. Diese antifaschistisch-demokratische Einheitsfront ist am 12. August 1945 mit einer ersten feierlichen Kundgebung an die deutsche Oeffentlichkeit getreten. Ueberall regt sich neues Leben. Wenn wir so den Blick von der politischen Kärnerarbeit des Alltags auf die große Linie richten, so sehen wir, wie aus dem Nichts heraus ein großes, wohl- ausgerichtetes Aufbauwerk entsteht, dessen Aufgabe es ist, seine Wirksamkeit in den großen politischen und wirtschaftlichen Hohlraum hineinwachsen zu lassen, den das Hitlerregime dem deutschen Volk hinterlassen hat.

Ein Blick in die wirtschaftliche und politische Lage zeigt uns, welche Aufgaben vor uns stehen und welchen Weg wir zu gehen haben.

Bankrott und Neubau der Wirtschaft

Die gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse, von denen wir heute in Deutschland auszugehen haben, wenn wir die Grundlinien notwendiger Wirtschaftspolitik konstruieren wollen, sind einzigartig in der Wirtschaftsgeschichte. Es fehlt diesen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen jegliche innere Abgestimmtheit, die eine Volkswirtschaft, selbst in den schwersten Krisen, ja selbst im Strudel eines Weltkrieges, sich immer erhält.

Steht man die Produktionsverhältnisse zu einem bestimmten Zeitpunkt im Querschnitt oder Aufriß an, so stehen Produktion und Verbrauch, Produktionsumschlag und Verteilung immer in einem bestimmten Verhältnis zueinander. Dieses Verhältnis kann zu verschiedenen Zeitpunkten verschieden sein. In der zeitlichen Aufeinanderfolge dieser verschiedenartigen Querschnittsverhältnisse herrscht aber ein bestimmter gesetzmäßiger Zusammenhang, der die *Abgestimmtheit der Produktionsverhältnisse* aufrecht erhält. Selbst wenn in einem Kriege Mangellagen und Engpässe entstehen, wie wir sie deutlich aus den beiden Weltkriegen in Erinnerung haben, erlaubt die einheitliche Lenkung der Kriegswirtschaft auch dann noch die Aufrechterhaltung dieser Abgestimmtheit der vier Sphären aufeinander, wenn sie nur noch durch die Einheit der Finanzierung und des Geldwesens zu gewährleisten ist, mögen diese auch noch so widerspruchsvoll zum tatsächlichen inneren Wert des Ganzen geworden sein. Selbst wenn im Ablauf des Krieges neue Länder in die Kriegswirtschaft einbezogen würden, sind in der Regel volkswirtschaftliche Einheiten mit derselben inneren Abgestimmtheit hinzugenommen worden. Auch im erweiterten Wirtschaftsganzen bleibt dann diese Abgestimmtheit der Produktionsverhältnisse erhalten oder wurde nach einem gewissen Uebergang wieder hergestellt. Auf den Fall des letzten Krieges angenommen, bei dem durch Lufteinwirkung große Teile der Wirtschaft zerstört wurden, blieb die Abgestimmtheit des Ganzen aufrechterhalten durch die Ordnung des Kriegsschädenrechts, die an Stelle der zerstörten Kapazitäten Geldforderungen an das Reich stellte. Mit anderen Worten: So schwer und kritisch außer-

wirtschaftliche Faktoren, wie Krieg und Kriegszerstörung, Hinzunahme oder Verlust von Gebieten die innere Abgestimmtheit bedrohen mochten, eine bestimmte Art von kontinuierlichem Gleichgewicht in den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen wurde immer gewahrt. Eine Voraussetzung mußte freilich immer erfüllt sein: die einheitliche Planung und Lenkung des Ganzen.

Die heutige deutsche Wirtschaft hat diese Abgestimmtheit der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse nicht mehr. Es fehlt jegliche Art von innerem Gleichgewicht, im Querschnitt der Verhältnisse sowohl als auch hinsichtlich des zeitlichen Zusammenhangs, der vollständig unterbrochen ist. Das zeigt eine noch so grobe Bestandsaufnahme sofort.

Nehmen wir zunächst die Tatsachen, und vergleichen wir der Einfachheit halber mit 1933. Trotz der Kriegsverluste wird die Bevölkerungszahl mit rund 62 Millionen fast dieselbe wie 1933 (65 Millionen) bleiben. Demgegenüber wird das Staatsgebiet verkleinert sein. In diesem verkleinerten Raum ist für die Landwirtschaft ein erheblich geringerer, zonenartig aber mehr verschieden großer Teil, für den Eisenbahn-, Schiffs- und Kraftverkehr wahrscheinlich ein noch größerer Teil als in Industrie und Handwerk.

Wo noch Produktionsmittel oder Waren in Industrie, Handwerk, Handel, Verkehr und Landwirtschaft vorhanden sind, da fehlt für jeden größeren Produktions- und Warenumsatz das Kapital, mit dem der erste Umschlag einschließlich der Löhne zu finanzieren ist, und es fehlt meist selbst den ersten oder letzten Käufern das Geld; um durch Warenkauf den ersten Umschlag für den folgenden zweiten fruchtbar zu machen. Das zieht seine weitesten Kreise bis in die Staatsfinanzen und die Steuerplanung hinein. Auch hier sind mit der Zerreißen des zeitlichen Zusammenhangs und der Disproportionierung der Produktionsverhältnisse alle Quellen verstopft und alle Planungen unmöglich geworden.

Dabei wollen wir gar nicht davon sprechen, daß überhaupt alle rechenhafte Vergleichbarkeit von Wirtschaftsdaten aufgehört hat. Markt und Preise, Preise und Löhne, Preise und Gewinne, Löhne und Gewinne sind ohne jeglichen Bestimmungszusammenhang und auch da gänzlich willkürlich festgesetzte Größen, wo ein äußerlicher Zusammenhang etwa mit den letzten Kriegs- oder Rationierungspreisen gesucht wird, um überhaupt einen Ausgangspunkt zu haben. Dasselbe gilt für andere Preis- und Kostenverhältnisse, wie die Gewinnspanne und die Zinsspanne sowie die Prämien für neu abgeschlossene oder abzuschließende Versicherungen. Das alles war schon vor dem Statut von Berlin.

Das Statut von Berlin ist bis zur Unterzeichnung des Friedensvertrages die Quelle, aus der wir für die weitere Orientierung allein schöpfen können.

Was bringen uns die Potsdamer Beschlüsse? Sie legen uns die Rechnung vor für die von Hitler geschaffene Verwüstung. Sie zeigen uns aber auch gleichzeitig, welch ungeheuerlich verzerrtes Bild die Goebbelsche Propaganda-Maschine über den angeblich völligen Vernichtungswillen der Alliierten dem deutschen Volk vorgesetzt hat. So schwer auch die Beschlüsse von Potsdam auf dem deutschen Volke lasten mögen, so schwer auch die Erkenntnis dieser Lage sein mag, sie zeigt doch, daß uns vieles erspart blieb, womit bei einer hochgradigen Vergeltungspolitik der Alliierten angesichts der ungeheuren Zerstörungen und Verbrechen, die Hitler zu verantworten hat, zu rechnen gewesen wäre. Deutschland wird nicht vernichtet, sondern erhält die Möglichkeit zu einem neuen Leben und zu neuem Aufbau.

Die Friedensbedingungen werden vorbereitet. Das entsprechende Dokument soll Deutschland zur Annahme vorgelegt werden, wenn eine zu diesem Zweck geeignete deutsche Regierung gebildet sein wird.

Die Bevölkerungszahl des verbleibenden Gebiets ist heute noch nicht festzustellen. Geht man von 55 Millionen 1933 aus, zieht 7 Millionen Kriegstote ab, zählt 2 bis 3 Millionen Sudetendeutsche hinzu und außerdem die Differenz zwischen der zu erwartenden Zahl von Flüchtlingen und der auf dem abzutretenden Gebiet schon mitgezählten Bevölkerung, so wird die Bevölkerungszahl des neuen Deutschland nicht unter 62 Millionen Menschen liegen.

Mit großer Sorge erfüllt uns das graurige Elend der aus den östlichen Gebieten kommenden Deutschen, deren Zahl die Hunderttausende überschreitet: Männer, Frauen und Kinder.

Nach den Kundgebungen der Staatsoberhäupter und der verantwortlichen Ämter sind diese bemüht, solche furchtbaren Härten für die Zukunft abzustellen. Es muß alles daran gesetzt werden, daß die ausführenden Organe die Weisungen von Potsdam auch sinngemäß und human durchführen. Voll tiefer Befriedigung stellen wir fest, daß nunmehr auf Veranlassung des Marschalls Schukow Ordnung in dieses Chaos gebracht wird.

Der tragische Zug der Flüchtlinge ins Nichts verlangt nicht nur unser ganzes menschliches Mitleid und Mitgefühl, sondern unsere tatkräftige Hilfe. Vor uns steht unsere Forderung aus unserem programmatischen Auftruf nach *Erfassung des Großgrundbesitzes*. Sie ist erfüllt! Eine jahrzehntealte Forderung der Bauern, Landarbeiter, Siedler, politischen Parteien und Bodenreformer ist vollzogen worden und bereitet eine tiefgreifende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Umwälzung vor. Eine der tiefreichendsten Wurzeln des Militarismus und Faschismus ist ausgerissen. Der Dornenweg des Bauern und Landarbeiters von der Leibeigenschaft bis zur politischen Hörigkeit hat sein Ende gefunden.

Auch in der Frage der *Agrarreform* zeigt sich, welche Irrwege Hitler ging. Sein Schrei nach Lebensraum, der Deutschland in den

Krieg stürzte, hätte befriedigt werden können, ohne daß ein deutscher Soldat die Grenzen Deutschlands zu überschreiten brauchte. Das deutsche Volk hätte mehr Lebensraum gehabt, wenn der deutsche Grund und Boden gerechter verteilt worden wäre. Die Latifundien umfaßten nahezu 20 Prozent der Gesamtfläche, während ihre Eigentümer nur 0,05 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Aufteilung des Großgrundbesitzes bedeutet also Lebensraum für viele Flüchtlinge, Bauern und Landarbeiter. Die Einwände, welche gegen kleine Bauerngüter vorgebracht werden, sind heute längst nicht mehr stichhaltig. Es ist auch nicht zutreffend, daß landwirtschaftliche Forschungen und Maschinerisierung ausschließlich eine Angelegenheit großer Landgüter seien. Ein Blick in die Landwirtschaften der Schweiz oder Dänemarks zeigt uns, daß es sich dabei oft genug nur um eine Frage der Organisation handelt. Es ist für Deutschland untragbar, daß wir bei der Einschleusung von Millionen Flüchtlingen und Kriegsgefangenen menschenleere Großräume haben. Jeder Quadratmeter Grund und Boden muß nicht nur zur Hervorbringung von Ernten, sondern auch zur Unterbringung von Menschen verwendet werden. Freilich muß durch sorgfältigste Planung und Finanzierung dafür gesorgt werden, daß die Aufteilung des Grundbesitzes auch ein wirtschaftlicher Erfolg wird.

Die politische Seite der Bodenreform ist die Beseitigung des verderblichen Einflusses der Junker auf die Geschichte Deutschlands. Durch Jahrhunderte war der Großgrundbesitz der Träger der Reaktion. Aus ihren Reihen stammten zahlreiche hohe Offiziere, Beamte, Minister und Höflinge. Sie waren die Feinde jeder freiheitlichen Entwicklung in Deutschland. Man denke nur an die Inkarnation des Junkertums in jenem Oldenburg-Januschau, der noch am 29. Januar 1910 im Deutschen Reichstag das politische Postulat des Junkertums in den Worten ausdrückte: „Der König von Preußen und der deutsche Kaiser muß jeden Moment imstande sein, einem Leutnant zu sagen: Nehmen Sie 10 Mann und schließen Sie den Reichstag!“ Man denke nur, wie der Großgrundbesitz der Republik das Leben sauer machte und wie er seit 1918 die Brutstätte des Militarismus und die geheime Rüstkammer für die schwarze Reichswehr blieb. Beseitigung des Großgrundbesitzes bedeutet die Trockenlegung eines gesellschaftlichen Sumpfes, in dem die Giftpflanzen Imperialismus und Militarismus üppig wucherten. Mit einer umfassenden Agrarreform wird eine bis in die Tiefen des deutschen Volkes reichende Wurzel des Faschismus ausgerissen.

Aber nicht nur das deutsche Staatsgebiet, auch die Produktionsmittel werden verringert, mit denen die etwa 62 Millionen Deutsche ihre Existenz sichern sollen. Es heißt im Statut Ziffer 13: „Bei der Organisation des Wirtschaftslebens in Deutschland ist die Hauptaufmerksamkeit auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu richten.“ Damit ist ausgesprochen, daß wir im wesentlichen auf die Landwirt-

schaft und eine Verbrauchsgüterindustrie (sogenannte Leichtindustrie) beschränkt sein werden.

Bisher konnte man annehmen, daß mindestens 30 Prozent unserer industriellen Produktionsmittel durch Kriegseinwirkung aus der Luft zerstört waren. Durch Kriegshandlungen nach dem Einmarsch hat sich der Zerstörungsprozentsatz noch stark erhöht. Was uns hier in der Sowjetzone, die größten Sorgen machte, waren die Fragen, ob wir mit dem übrigen Deutschland eine Wirtschafts-, Rechts- und Verkehrseinheit bilden werden, ob wir Gelegenheit zu einer einheitlichen Ein- und Ausfuhr bekommen und endlich, ob wir eine einheitliche Finanzwirtschaft haben werden, womit auch das Geldwesen gemeint ist. Diese Sorgen sind im wesentlichen behoben. Punkt 14 des Statuts für Deutschland lautet: „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes zu betrachten.“

Dem Ziel der deutschen Wirtschaftseinheit dient schließlich auch die Errichtung von fünf zentralen Verwaltungsabteilungen unter fünf Staatssekretären für das ganze deutsche Volk. Für die Wirtschaftspolitik beachtlich ist die Bestimmung, daß die Alliierte Kontrolle auch der „Sicherung einer gleichmäßigen Verteilung der wesentlichen Waren unter den verschiedenen Zonen dient, um ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben in ganz Deutschland zu schaffen und die Einfuhrnotwendigkeit einzuschränken“. Im Gegensatz zum Versailler Vertrag, in dem bis zum Januar 1925 Handelsabkommen verboten waren, ist uns Handelspolitik erlaubt; entsprechend sind Ein- und Ausfuhr, also auch Zollpolitik, erlaubt. Sie werden dem Staatssekretär für Außenhandel unterstehen. Es wird von einem „Import- und Exportprogramm für Deutschland als Ganzes“ gesprochen. Einfuhr und Ausfuhr unterliegen also einer Planung.

Der wichtige Punkt des Programms von Potsdam ist die Kontrolle über die Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland. Unverzüglich sind Maßnahmen zu treffen zur Instandsetzung des Verkehrswesens, zur Hebung der Kohlenenerzeugung, zur größtmöglichen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion und zur beschleunigten Instandsetzung der Wohnungen und der wichtigsten öffentlichen Einrichtungen. Diese Dinge brennen uns auf den Nägeln. Sie brauchen keinen Kommentar. Weiter ist zu lesen, daß die deutsche Verwaltung in möglichst vollem Umfange den Apparat zu diesem Programm übernehmen soll, da auf diese Weise dem deutschen Volk klarzumachen ist, „daß die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird“.

Der letzte wichtige Punkt ist eine Rahmenbestimmung für alles, was über die Wirtschaftsdinge zu sagen ist. In Ziffer 15c wird gesagt, es sei eine alliierte Kontrolle über das deutsche Wirtschaftsleben zu errichten, unter anderem „zur Sicherung der Warenproduktion und der Dienstleistungen, die zur Befriedigung der Besatzungskräfte und der verpflanzten Personen Deutschlands notwendig sind und die für

die Erhaltung eines mittleren Lebensstandards in Deutschland wichtig sind, der den mittleren Lebensstandard der europäischen Länder nicht übersteigt" (alle europäischen Länder mit Ausnahme Englands und der Sowjetunion).

Man muß diesen Abschnitt genau lesen. Es ist neben der Warenproduktion von „Dienstleistungen“ die Rede für die Bedürfnisse der Besatzung, der verpflanzten Personen und für die Haltung des gesamten mittleren Lebensstandards.

Hier spielt auch die Frage der *Kriegsgefangenen* hinein. Die Zahl derjenigen Deutschen, die noch in Kriegsgefangenschaft sind, geht in die Millionen. Es handelt sich um ein außerordentlich wichtiges Problem für unsere Gegenwart und für unsere Zukunft. Es bedeutet, daß es zur Zeit kaum eine Familie in Deutschland gibt, die nicht betroffen ist.

Auch in der Kriegsgefangenenfrage büßt das ganze deutsche Volk für die Schuld der Nazis. Wohl war auch Deutschland der internationalen Genfer Vereinbarung vom Juli 1929 beigetreten. Danach steht den Kriegsgefangenen die gleiche Verpflegung und Unterkunft zu wie den eigenen Soldaten der Ersatztruppen. Ärztliche Versorgung, sanitäre Einrichtungen, Ersatz der verbrauchten Ausrüstung an Uniformen, Wäsche und Schuhzeug sind garantiert. Das persönliche Eigentum des Gefangenen ist geschützt. Allen Gefangenen steht Korrespondenz mit der Heimat und Beschwerderecht bei der Schutzmacht zu. Wie schmachlich haben die Nazis auch dieses Abkommen gebrochen! Vollends die russischen Kriegsgefangenen betrachteten sie als vogelfrei.

Und doch hoffen wir, daß die Alliierten nicht *Unschuldige für die Schuldigen* leiden lassen werden.

Diese Ritterlichkeit der Alliierten wird sich — so hoffen wir — auch in dieser Frage zeigen. Es ist an sich schon schwer, die Freiheit entbehren zu müssen. Doppelt schwer wird es, wenn es noch ganz ungewiß ist, wann die Freiheitsstunde schlägt. Es ist schon schlimm, sich um einen lieben Menschen sorgen zu müssen. Doppelt belastend aber ist es, wenn man *keinerlei* Nachricht voneinander erhalten kann, ja nicht einmal weiß, ob der andere noch am Leben ist. Ich selbst erfahre das an jedem Tage, da ich auch einen Sohn in englischer Kriegsgefangenschaft habe, ohne von ihm zu wissen und ohne daß er weiß, ob sein Vater und seine Mütter am Leben sind.

Ich greife nun zurück auf die Untersuchung des gegenwärtigen Wirtschaftszustandes, um die Frage nach dem *Neubau der Wirtschaft* aufzuwerfen. Auch hier hat die russische Administration anregend und belehrend gewirkt durch die Schaffung der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften, der provinziellen Landesregierungen und der Bildung der Zentralverwaltungen in der Sowjetzone. Durch die Bildung dieser Organe sind die Voraussetzungen geschaffen für die planvolle Inangriffnahme der notwendigen Arbeiten. Auch die Anweisung des Marschall Schukow über die Eröffnung von Banken und

Sparkassen und die Gewährung eines Kredites von 200 Millionen Mark gehören in dieses Gebiet. Unsere Aufgaben liegen klar vor uns:

Der Wiederaufbau Deutschlands ist nicht möglich ohne einen großzügigen und sorgfältigen *Plan zum Wiederaufbau* und ohne die genaue und wirtschaftliche Durchführung dieses Planes. Es muß der Mindestbedarf der Bevölkerung in Stadt und Land an Verbrauchsgütern des täglichen Bedarfs von der Zahnbürste bis zum Toilettenpapier festgestellt, der festgestellte Rohstoffbedarf auf die Fabriken und Maschinen aufgeteilt, der Rohstoff beschafft und das fertige Produkt nach einem bestimmten Bedarfsschlüssel an die Verbraucher verkauft werden. Es müssen neue *Finanzquellen* für Staat und Kommunen und für den Kapitalbedarf der Industrie, der Bauwirtschaft und der Landwirtschaft erschlossen und nach Maßgabe des sparsamsten öffentlichen Bedarfs und der in Auftrag gegebenen Produktion verteilt und in der Verwendung kontrolliert werden. Im gleichen Umfang müssen Eisenbahnen, Kraftverkehr und Schifffahrt mit fehlendem Geld versehen und in Betrieb genommen und volle *Sicherheit* der Straßen und des Schienenstrangs geschaffen werden.

Überall muß das erste Kapital zum Anlaufen der Verwaltungen, der Industrie und des Verkehrs vom Staate gegeben werden, der dazu sehr großer Summen bedarf. Zur Schaffung dieser Summen muß das noch vorhandene *Sachvermögen* in Stadt und Land erfaßt oder mit einer Hypothek belastet werden. Erst wenn auf diese Weise Industrie und Handwerk, Landwirtschaft und Verkehr wieder auf Touren gekommen sind, kann der Staat auf mehr Steuereinnahmen rechnen. Diese werden aber langsamer wachsen als in früheren Zeiten, weil alles neu gebildete Kapital wieder für neue Fabriken, Maschinen, Düngemittel und Geräte in die Wirtschaft gesteckt werden muß. Dies muß so weit und so lange unter Kontrolle des Staates geschehen, bis alle Arbeiter wieder in Brot gebracht sind und die Lohn- und Lebensverhältnisse ausreichen, um mit der Arbeiterschaft die höchstmöglichen Leistungen zu erzielen.

Das wird eine Planung und ein Aufbau von vier, fünf, sechs Jahren und mehr sein. In dieser Zeit muß das flache Land als Rangierbahnhof für die noch arbeitslos Bleibenden in den Städten dienen. Sie müssen dort Unterkunft, Nahrung und Beschäftigung finden, bis das Kapital zu ihrer Beschäftigung in neuen Industrien erarbeitet ist. Viele Hunderttausende von Familien müssen für alle Zeit *aufs Land* zurück. Mit viel Geld und noch mehr Sorgfalt müssen lebensfähige Siedlungen errichtet und Siedler geschult werden. Bauern und Siedler müssen neues Land aus den unter Sicherung der Wirtschaftlichkeit aufgeteilten Großgütern erhalten.

Auf diesem langen und mühseligen Wege werden viel Kummer und Sorgen zu bannen sein. Viele haben ihre *letzten Spargroschen* verloren, auf die sie im Alter oder zur Wiederbeschaffung ihrer zerstörten letzten Habe rechneten. Wir müssen an die düstere Zukunft der Pensionäre, der Kriegsgeschädigten und Flüchtlinge denken. Um

unverschuldeter Not in Stadt und Land zu begegnen, müssen gerechte Mittel und ein gerechtes Maß gefunden werden. Wer schuldig und mitschuldig ist an der furchtbaren Hinterlassenschaft des Dritten Reiches und wer Glück gehabt hat in diesem Meer von Unglück, muß dem schuldlos unglücklich Gewordenen haften und mithaften mit allem, was sein ist. Wo die Not groß ist, muß die Gerechtigkeit nahe sein.

Bei all diesen Fragen halten wir eine aktivere *Einschaltung der Gewerkschaften* für unerlässlich. Unser Verhältnis zu den Gewerkschaften soll darum an dieser Stelle einer kurzen grundsätzlichen Besprechung unterliegen. Es ist Tatsache, daß sich in den politischen Arbeiterpartei vorwiegend jene Teile der Arbeiterklasse organisieren, die sich ihrer Klassenlage bewußt geworden sind, während in den Gewerkschaften auch große Kreise von Arbeitnehmern mehr aus rein wirtschaftlichen und beruflichen Gründen ihre Heimat finden. Die Gewerkschaften erfassen damit vermutlich mehr als die Parteien Massen der deutschen Arbeiterschaft, die in den zwölf Jahren des Hitlerregimes der Verseuchungsgefahr durch den Nazismus stärker ausgesetzt waren. Da die freien Gewerkschaften nach ihrem Aufruf an die Arbeiter Berlins ihr Ziel vor allem auch im Kampf für die völlige Vernichtung des Faschismus erblicken und mithelfen wollen bei der Neugeburt unseres Volkes, sehen wir in ihnen Organisationen, mit denen wir uns kameradschaftlich eng verbunden fühlen. Wir fühlen uns dabei keineswegs in der Rolle des Schulmeisters, sondern in der des Weggenossen, der in engster Tuchfühlung mit den Gewerkschaften den gemeinsamen, von den Verhältnissen vorgeschriebenen Weg gerade und unbeirrbar gehen will. Es bedarf einer großen politischen *Erziehungsarbeit* auch in den Gewerkschaften, um die Adern der deutschen Arbeiterbewegung wieder mit gesundem Blut zu füllen und sie von der faschistischen Pest so zu säubern, daß sie wieder fähig wird, sich der internationalen Arbeiterbewegung anzuschließen.

Wenn auf dem *Gewerkschaftskongreß in London* ausdrücklich beschlossen wurde: „In Deutschland muß eine demokratische Gewerkschaftsbewegung unter Kontrolle der internationalen Gewerkschaftsorganisation aufgebaut werden, soweit das während der Besetzung möglich ist“, so müssen sich die Gewerkschaften darüber klar sein, daß ihre Übereinstimmung mit den Gewerkschaften der anderen Länder nicht nur eine Frage der gewerkschaftlichen Grundsätze, sondern vielmehr auch eine Frage des Verhaltens und der Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften ist. Es ist darum zu begrüßen, daß die Anweisungen des vorbereitenden Gewerkschaftsausschusses für Groß-Berlin über den Neuaufbau der Freien Gewerkschaften im ersten Satz sagen: „Der Aufbau der Freien Gewerkschaften ist keine Weiterführung der im Jahre 1933 aufgelösten Gewerkschaften aller Richtungen.“

Diese Erkenntnis ist gut und notwendig, denn wir stehen vor einer völlig veränderten Ausgangslage. Durch die Beschlüsse von Potsdam

ist der Einfluß der *Schwerindustrie* gebrochen. Die Vertreter der Schwerindustrie stehen heute vor der Vernichtung der Substanz und vor der Vernichtung ihrer Syndikate, Monopole und Trusts, die ihre Zwingburgen darstellten. Soweit das hier oder da nicht ganz der Fall ist, ist die Tätigkeit der Großindustrie durch die Potsdamer Beschlüsse eingeschränkt. Die Aenderung besteht in einer weitgehenden Ablieferung des industriellen Apparates und in der kontrollierten Umstellung auf die Friedensproduktion. Der Aufbau der Wirtschaft ist eine nationale Sorge und Aufgabe geworden. Das Problem muß gründlich und schwingvoll, frei von allen bürokratischen Belastungen angefaßt werden. Wir brauchen keine umfangreichen Untersuchungen über Sozialisierungsmaßnahmen. Experimente sind schon darum im gegenwärtigen Augenblick unklug, weil wir nichts zu sozialisieren haben.

Uns ist nichts geblieben als unsere Arbeitskraft, die allerdings unseren höchsten Wert und Einsatz darstellt. Es darf darum nicht zugelassen werden, daß über diesen kostbaren Besitz der wieder eingeschmuggelte *faschistische Arbeitgeber* der Vergangenheit entscheidet. Es geht nicht an, daß über die Verbindungen der Corps- und Logenbrüderschaft wieder maßgebliche leitende Positionen in der Wirtschaft besetzt werden. Der Einfluß der Arbeiterschaft innerhalb der Betriebe muß schnellstens entscheidendes Gewicht erlangen. Er kann in Zukunft seinen Ausdruck nicht nur in der Lohnfütte finden, sondern die gewerkschaftlichen Organe müssen tief hinabreichen bis in die letzten Wurzeln des Betriebes und des Arbeitsprozesses.

Die deutschen Gewerkschaften haben die Aufgabe, die in der Wirtschaft unverzüglich aufzugreifende Frage einer zuverlässigen Betriebsführung in Angriff zu nehmen. Sie müssen sich darüber klar sein, daß ihre programmatische Forderung nach Beseitigung des Faschismus einen entscheidenden Auftrag enthält. Wenn die Bodenreform eine Wurzel des Faschismus beseitigte, so ist die Reinigung der Betriebe von faschistischer Leitung die zweite. Für uns als Partei sind diese großen gewerkschaftlichen Fragenkomplexe so wichtig und bedeutungsvoll, daß sich der Zentralausschuß der Sozialdemokratischen Partei entschlossen hat, innerhalb der Partei einen *Gewerkschaftsausschuß* zu bilden, dessen Aufgabe darin besteht, in der richtigen Fragenstellung mitzuhelfen und die Arbeit der Gewerkschaft zu befruchten.

Wir müssen auch alle *geistigen Kreise und Kräfte* für den wirtschaftlichen Neuaufbau Deutschlands gewinnen. Die Stunde der Besinnung sollte heute auch für die Männer der Wissenschaft und Forschung, der akademischen Kaufleute, Wirtschaftler und Ingenieure gekommen sein. Wenn dieses Deutschland in beispielloser Schande zusammenbrach, so trägt auch die Wissenschaft ihr Teil daran. In den vergangenen zwölf Jahren sind 200 000 mit wissenschaftlichem Rüstzeug ausgerüstete Doktoren und Diplomierte zu den älteren Generationen von Forschern, Dozenten und wissenschaftlichen Mit-

arbeitern aller Arbeitsgebiete gestoßen, und fast alle haben das Dritte Reich tragen helfen in seinem verbrecherischen Aufstieg bis zu seinem verbrecherischen Fall.

Wir wissen wohl von der stillen Opposition und auch dem Zähneknirschen, mit denen gerade in wissenschaftlichen Kreisen vielfach die Verbrechen des Dritten Reiches am Geist der Wissenschaft begleitet worden sind. Wir wissen um die Sorge der Forscher, daß die Verjagung und die Flucht mancher Besten in die Emigration und in den Ruhestand das Ausland bereicherte und Deutschland in seiner wichtigsten Substanz verarmen ließ. Aber haben sich nicht namhafte *Staatsrechtslehrer* gefunden, um Hitlers Verfassungsbruch von 1933 zu einem formgerechten Verfassungsakt umzudeuten? Waren es nicht auch die Inhaber deutscher Lehrstühle und die höchsten Richter, die den schwersten Rechtsbeugungen und Rechtsverbrechen aller Zeit durch Schweigen ihre Zustimmung gaben und eine Geschichtsklitterung ohne Beispiel duldeten? Und waren es nicht die Hunderttausende von Forschern, Laboratoriumsleitern und wissenschaftlichen Mitarbeitern, die von der stillen Aufrüstung wußten, als alles noch der Ueberwindung der Arbeitslosigkeit zu dienen schien, und die dann bis zur letzten bitteren Stunde des Krieges an den Erfindungen und Konstruktionen wie ihre Auftraggeber der Rüstungsindustrie sorglos verdienten, mit denen auf den Schlachtfeldern und in den Konzentrationslagern die Leiber von Millionen zerfetzt und zersetzt wurden? Da handelte es sich nicht mehr um Verbrechen am Geist der Wissenschaft, da handelte es sich um Mord am lebendigen Leben der Nation. Da ging es nicht mehr an, daß die Ehre der Wissenschaft verteidigt werden konnte wie die Ehre eines Couleurbandes, und daß das Gewissen der Wissenschaft eine Privatangelegenheit war, die man vor dem Volke verbergen durfte. Da zeigte es sich, wie falsch das Bild war, das die Forschung und die Wissenschaft sich von ihrer aristokratischen Stellung in der modernen Gesellschaft gemacht hatten, und das sie in Hochmut und Erhabenheit über dem „Ludergeruch der Politik“ thronen ließ. Darum muß dieser furchtbare Zusammenbruch Deutschlands für die Forschung und das Heer ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter auch die Stunde der Einker und der Umkehr sein. Die Wissenschaft muß endlich ihren *Standort in der Staatsgesellschaft* beziehen, um ihre politischen Aufgaben am Wohle der Gemeinschaft wirklich zu erfüllen. Wenn heute ein *neues Geschichtsbild* für dieses irregeführte Volk zu schaffen ist, das in die Gemeinschaft der Völker zurückführt, so muß sich die Wissenschaft auf ihre Pflichten besinnen. Wie soll der gesellschaftliche Verstand jenes organisatorische Sachverständnis erwerben, dessen die Massen benötigen, um das Gewicht ihrer Zahl zum Nutzen und nicht zum Schaden des Ganzen wirksam werden zu lassen, wenn die Wissenschaft sich ihnen versagt? Wie sollen die öffentliche Meinung und die Willensbildung im demokratischen Staate den Aufgaben des Regierens gewachsen sein, wenn

die Wissenschaft in geistesaristokratischem Hochmut und Eigenbrötelei sich von den öffentlichen Angelegenheiten fernhält? Eine solche unpolitische Wissenschaft und solche unpolitischen wissenschaftlichen Mitarbeiter waren es, welche die um die Wohlfahrt Deutschlands immer weniger als um ihre Dividende besorgte deutsche Schwerindustrie brauchte, als diese mit Adolf Hitler 1932 die Aufrüstung als politischen Gegendienst für ein schmutziges Parteigeschäft aushandelte und damit die eigentliche Schuld am Dritten Reich und an Deutschlands Untergang auf sich lud.

Wir haben jetzt eine neue Wirtschaft und einen neuen Staat zu bauen. Wir fordern von den wissenschaftlich vorgebildeten Menschen in Deutschland, daß sie dabei mitarbeiten. Vor solche Aufgaben war in der Wirtschaftsgeschichte noch kein Volk gestellt. Sie sind ohne die Wissenschaft nicht zu lösen. Der Neubau des Staates setzt einen Neubau der öffentlichen Meinung und des ganzen Erziehungs- und Bildungswesens voraus. Die öffentliche Diskussion um die Hebung des Gemeinwohls darf nicht unter Ausschluß der Wissenschaft stattfinden. Der deutsche Staatsbürger darf nicht der zu allem zu mißbrauchende Untertan bleiben. In der Demokratie ist *Politik der höchste Beruf*, und keine Wissenschaft erfüllt ihren Auftrag ganz, wenn sie nicht letztlich diesem Berufe dient. Niemand schreibt der Wissenschaft ihre politische Entscheidung vor, aber sie *muß* sich dazu entscheiden, daß sie nicht beiseite stehen, sondern ihren politischen Beruf erfüllen will. Es steht niemand das Recht zu, aus den olympischen Höhen der Wissenschaft heraus zu sagen: „Ich bin ein unpolitischer Mensch.“ Ein solcher Standpunkt ist kein Staatsbürgerrecht, sondern nur ein Spießbürgerrecht.

Die Gewerkschaften haben sich einzuschalten in die planmäßigen Aufgaben, welche die Zentralverwaltung der Industrie, den öffentlichen und privaten Betrieben in Handel, Industrie und Verkehr gegeben hat. Alle *Wirtschaftsformen* — freie, gemischtwirtschaftliche, öffentliche und sozialistische — müssen Anwendung finden, wo sie zur Erreichung der gesteckten Ziele geeignet sind. Unter gewerkschaftlicher Mitarbeit müssen zentrale Wirtschaftsverbände und regionale Wirtschaftsorgane am rechten Platz der Ausführung fest bestimmter Planungsaufträge dienstbar gemacht werden. Privaten, beruflichen oder politischen Sonder- und Standesinteressen kann dabei kein Spielraum gelassen werden. Der Glaube an Deutschland wird je eher in der Welt zurückkehren, je mehr sie sieht, daß das *ganze deutsche Volk* geschlossen in der Aufbauarbeit steht. Die Forscher, die wissenschaftlichen Institute und Laboratorien, die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Wirtschaft finden hier Aufgaben, die ihrer Verantwortung in der Gesellschaft angemessener sind als die der vergangenen zwölf Jahre.

Abgrenzungen Der Weg der Partei

Potsdam ist aber nicht nur Ausgangspunkt für den Neuaufbau der Wirtschaft, sondern auch für die Politik unserer Partei. Die Möglichkeiten, die Potsdam Deutschland läßt, bestimmen auch die Möglichkeiten unserer Politik. Der Ausgangspunkt ist, Deutschland als ein Ganzes zu behandeln. Die Erhaltung der Einheit des deutschen Volkes muß der Ausgangspunkt unserer Überlegungen sein. Wer in dieser Situation innerhalb Deutschlands *separatistische Gedankengänge* verfolgt und sie zu verwirklichen trachtet, ist ein politischer Totengräber. Es handelt sich im gegenwärtigen Augenblick für uns auch nicht darum, *jetzt eine Entscheidung zwischen dem Osten und Westen zu suchen*. Die Lage ist klar. Deutschland ist ein von vier Mächten militärisch besetztes Land. Bestimmend in den vier Besatzungszonen sind die vier Besatzungsmächte, über die der Kontrollrat steht. Den Befehlen, Anordnungen und Deklarationen der militärischen Besatzungsmächte haben die deutschen Behörden und das deutsche Volk Folge zu leisten.

Es geht darum im Augenblick nicht um Ost- und Westorientierung, weil wir Vorsorge für die nackte Lebenssicherung treffen müssen. Wir können aus eigener Kraft die Not dieses Winters nicht bannen und müssen uns darum an alle Völker der Welt wenden mit der Bitte, uns zu helfen. Wenn die Welt aus ihrem humanitären Gewissen uns hilft, dann müssen wir diese Hilfe dankbar annehmen.

Beim Aufbau des staatlichen Lebens haben die Besatzungsmächte uns Mitwirkung in der Verwaltung gegeben. Politische Parteien sind gegründet. Unsere Aufgabe besteht darin, ein gutes und reibungsloses Verhältnis zu allen Besatzungsmächten herbeizuführen und ihnen zu beweisen, daß das deutsche Volk gewillt und entschlossen ist, die ihm überlassenen Aufgaben loyal und tatkräftig zu erfüllen. Je eher und je gründlicher uns dieser Nachweis der Loyalität gegenüber dem Ausland gelingt, je eher wir den Beweis erbringen, daß das deutsche Volk

von jenen Irrlehren befreit ist, welche die Welt im Zeitabschnitt einer Generation zweimal in einen Weltkrieg stürzten, desto eher wird die militärische Besetzung Deutschlands ihr Ende finden und desto größer ist die Aussicht, daß Deutschland als demokratische Nation seine Wiedergeburt erfährt.

Es ist selbstverständlich, daß wir diese Arbeit mit allen antifaschistisch-demokratischen Parteien gemeinsam leisten. Der politisch-moralische Wandlungsprozeß des deutschen Volkes ist ein *grandioses Erziehungswerk*, das letzten Endes nur vom deutschen Volk selbst geleistet werden kann. Die Bestrafung der Kriegsverbrecher und aktiven Nazis sowie die Beseitigung aller nazistischen und militaristischen Reste in Verwaltung, öffentlichem und privatem Leben ist eine zeitlich begrenzte Aufgabe. Viel wichtiger und viel tiefgreifender ist das Erziehungswerk, welches vom deutschen Volk in seiner Gesamtheit geleistet werden muß und das den Deutschen schlechthin vom Kind bis zum Erwachsenen umfaßt. Das deutsche Erziehungs- und Schulwesen muß von Grund auf neu gebaut werden. Ein vollkommener Bruch mit der Vergangenheit ist unerlässlich. Lehrpläne und Lehrmethoden, Lehrbücher und Lehrmittel bedürfen einer Umgestaltung, damit die Erziehung in Deutschland im Geiste der Demokratie und Freiheit, im Geiste der Verachtung des Militarismus und der Knechtseligkeit aus eigenem Verlangen von innen strömt. Vom Pult des Volksschullehrers bis zum Lehrstuhl an den Universitäten muß eine grundlegende Umgestaltung des Lehrkörpers an Haupt- und Gliedern, an Herz und Seele erfolgen. Diese Arbeit muß kompromißlos durchgeführt werden. Diese Einsicht muß sich bei allen Deutschen durchsetzen, die von wirklicher und wahrer Vaterlandsliebe beseelt sind. Sie werden verstehen, daß es das Recht der Alliierten ist, dafür zu sorgen, daß in Deutschland nicht ein dritter Weltkrieg vorbereitet werden kann.

Angesichts der Größe und Schwere dieser Aufgabe bedauern wir es außerordentlich, daß auf der *Bischöflichen Konferenz* in Fulda kirchliche Kreise so weit gingen, in diesem Augenblick die Konfessionsschule, die geistliche Schulaufsicht sowie die Kontrolle über die Lehrerbildung und Schulbücher durch die Kirche zu fordern. Solche Forderungen zu stellen, heißt unsere Zeit gründlich mißzuverstehen. Sie stellen einen Rückfall in die Zeit der Kulturreaktion dar und werden von uns auf das entschiedenste abgelehnt. Demgegenüber betont die Sozialdemokratie ihre alte bekannte Haltung einer klaren *Trennung* von Staat und Kirche. Die Schule ist eine Einrichtung des Staates und untersteht somit ausschließlich der staatlichen Verwaltung und Kontrolle. So wie die Kirchen und Religionsgemeinschaften ihre Angelegenheiten selbständig verwalten können, ohne daß der Staat hineinreden will, so hat der gleiche Grundsatz auch von der Schule als einer staatlichen Einrichtung zu gelten. Diese Haltung bedeutet keine Stellungnahme gegen die Kirche oder die Religion. Wir treten für unbedingte Glaubens- und Gewissensfreiheit ein und werden den Grundsatz religiöser

Toleranz nicht antasten lassen. Dazu gehört selbstverständlich auch das Recht der Kirche, Religionsunterricht zu erteilen. Aber es haben allein die Eltern und Erziehungsberechtigten darüber zu entscheiden, ob ihre Kinder an dem Religionsunterricht der Kirche teilnehmen sollen. Es wäre keine Gewissensfreiheit, sondern ein unerträglicher Gewissenszwang, wenn der Religionsunterricht in die Schule hineingetragen oder gar zum Pflichtfach für alle Kinder gemacht werden würde. Ebensowenig darf ein Lehrer gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen. Auch in diesem Punkte muß unbedingte Gewissensfreiheit gewährt werden.

Unsere Aufgabe ist es, dem deutschen Volke eine Erziehung zu bringen, deren Hochziel echte Toleranz und echte Menschlichkeit ist. Aus den Ruinen Berlins wächst neues kulturelles Leben. Vor einigen Tagen eröffnete das Deutsche Theater seine Pforten mit Lessings „Nathan der Weise“. Mit Befriedigung sahen wir, wie die ersten kulturpolitischen Tastversuche das *Hohe Lied der Toleranz* auf den Platz erhoben, der ihm im Leben eines anständigen Volkes zusteht. Möge auch die Kirche begreifen, was Lessing sagt: „Was heißt denn Volk? Sind Christ und Jude eher Christ und Jude als Mensch? Ah, wenn ich einen mehr in Euch gefunden hätt', dem es genügt, ein Mensch zu heißen.“

In diesem Zusammenhang lehnen wir selbstverständlich die geistliche Schulaufsicht ab. Ebenso die Zumutung, daß der Kirche die Kontrolle über die Lehrerbildung und die Lehr- und Lesebücher übertragen werden soll. Es handelt sich hierbei um so wichtige erzieherische Fragen, daß nur Staat und Gemeinde als Vertretung der Gesamtheit des Volkes hierüber ohne Einnischung der Kirchen zu entscheiden haben. Das deutsche Volk hat heute wahrhaft andere Sorgen und Leiden genug, an denen es schwer zu tragen hat. Wir warnen daher schon heute bei dem Beginn solcher Bestrebungen und würden es aufs tiefste bedauern, wenn dem deutschen Volk durch Ueberspannung rückständiger und überlebter Forderungen auch noch ein Kulturkampf beschert werden sollte.

Es gibt natürlich in Deutschland noch Menschen, die die hier geäußerten Ansichten über Erziehung ablehnen und uns erklären werden, daß sie auf zwei sogenannte Erbgüter des deutschen Volkes nicht verzichten können. Das eine ist die sogenannte Vaterlandsliebe des deutschen Bürgers, und das andere ist Deutschlands ehrenvolle militärische Tradition. Die sogenannte Vaterlandsliebe hat leider in den zwölf Jahren der Hitlerpolitik eine beschämende Illustration erlebt. Dagegen denkt niemand daran, die *wahre Vaterlandsliebe* anzutasten, denn sie ist der beste Garant für die so notwendig zu leistende Aufbauarbeit. Wahre Vaterlandsliebe steht auch durchaus im Einklang mit rückhaltloser internationaler Zusammenarbeit im Interesse des Weltfriedens und der Weltsicherheit. Wahre Vaterlandsliebe ist etwas vollkommen anderes als jener geistlose, hetzerische Nationalismus,

der in Deutschland schon gang und gäbe war, bevor der Nationalsozialismus erschien. International denken, heißt nicht antinational denken, sondern übernational. So sehr wir auch die Stellungnahme rückständiger Kirchenvertreter in der Frage der Erziehung bedauern, so sehr begrüßen wir die mutige und schonungslose Stellungnahme der Christlich-demokratischen Union in ihrem Organ „Neue Zeit“ vom 1. September. Es ist wahr, daß unser armes Volk von den jeweiligen Machthabern aus naheliegenden Opportunitätsgründen durchweg über seine eigene Macht getäuscht und ihm ein Bild vorgezaubert wurde, das angebliche oder wirkliche Vorzüge stark überblendet auf Kosten anderer Völker, die eigenen Schwächen aber mehr oder weniger in den Hintergrund rückt. Wer heute den Versuch machen wollte, dieses Volk noch einmal zu belügen, begeht an ihm das größte nur mögliche Verbrechen. Die ekelhafte Uebersteigerung des deutschen Selbstbewußtseins aus der Nazizeit mit dem Anspruch, als Herrenvolk andere europäische Nationen sich dienstbar zu machen, ist uns noch allen so gegenwärtig, daß einen der Ekel würgt, wenn man davon reden soll. Man muß dem Volke endlich sagen, daß es nur bei klarer Einsicht in die eigenen Fehler seine unzweifelhaften und großen Vorzüge zur Geltung bringen kann, um zu einem würdigen Glied der Menschheitsfamilie zu werden.

Der Mangel an Zivilcourage und die leider im deutschen Volk weit verbreitete Knechtseligkeit haben das Zustandekommen und die lange Dauer der Terrorherrschaft ermöglicht: „Der Gott, der Hitler wachsen ließ, der wollte nichts als Knechte!“ Aufgeräumt muß auch werden mit jener Kriegsvereinsromantik, die oft genug in vielen gelstlosen Reden und viel Alkohol ihren Ausdruck fand. Vielleicht tut das deutsche Bürgertum in schonungsloser Selbsterkenntnis auch noch selbst den notwendigen Schritt, sich von jener Nationalhymne zu trennen, die keine mehr ist und deren Text und mißbrauchter Geist „Deutschland, Deutschland über alles“ im Munde von unbarmherzigen Massenmördern namenloses Elend über das eigene Volk und andere Völker der Erde gebracht hat. Je ernster der Weg in die Erkenntnis der wahren Gründe unseres Zusammenbruchs gegangen wird, um so treuer und froher legen wir die Grundsteine des Neuaufbaus.

Wir begrüßen diese Selbsterkenntnis des Bürgertums und sehen darin den Ausdruck für die Tatsache, daß es sich von allem, längst überholtem Gedankengut und einer Vorstellungswelt befreit, für die kein Platz mehr ist.

In diesem geistigen Umwandlungsprozeß sehen wir eine Bestätigung des marxistischen Lehrsatzes: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein bestimmt, sondern es ist das Sein der Menschen, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Erkenntnisse dieser Art werden sich bei den bürgerlichen Parteien mehr mit der fortschreitenden Auflösung der ökonomischen Grundlagen des deutschen Bürgertums. Die notwendige Folge einer solchen Entwicklung ist die

Schrumpfung der politischen Einflußsphäre. Die Situation ist klar. Das politisch interessierte Bürgertum wird seine Blickrichtung auf die Sozialdemokratische Partei nehmen.

Ein Wort zur Frage der Einigung und zur *Kommunistischen Partei*. Auf allen von mir besprochenen Arbeitsgebieten ist die Einheit der sozialistischen Aktion nicht nur notwendig, sondern sie ist auch möglich. Die Kommunistische Partei von heute ist ebensowenig die von 1932, wie die Sozialdemokratische Partei dieselbe ist. Beide Parteien haben, eingesehen, daß sie praktisch zusammenarbeiten müssen und daß es ohne ihre Mitarbeit im neuen antifaschistisch-demokratischen Volksstaat nicht geht. Die gesellschaftliche Entwicklung läßt keinen Raum mehr für eine gespaltene Arbeiterklasse. Der Ausdruck dieser Erkenntnis liegt in der Vereinbarung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei und des Zentralausschusses der Sozialdemokratischen Partei vom 19. Juni 1945. Die Vertreter beider Parteien drücken darin ihren festen Willen aus, alles zu tun, um auf dem Wege guter Zusammenarbeit in allen Fragen des antifaschistischen Kampfes und des Wiederaufbaues die Voraussetzungen für die politische Einheit des werktätigen Volkes zu schaffen. Wer diese Voraussetzungen einer gewissenhaften Prüfung unterzieht, wird mit mir zu dem Schluß kommen, daß sie für eine organisatorische *Vereinigung noch nicht erfüllt* sind.

Als die beiden zentralen Körperschaften der Parteien vor drei Monaten nach ernster Prüfung aller Fragen zu der gemeinsamen Auffassung gelangten, daß der Zeitpunkt der organisatorischen Vereinigung verfrüht sei, ließen sie sich von wichtigen Erkenntnissen leiten. Die Grundlage für die Einheit war in den beiden Aufrufen der Parteien geschaffen. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hatte erklärt: „Wir sind der Auffassung, daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes, einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Wir erklärten darauf in unserem Aufruf vom 15. Juni 1945: „Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen.“ Wenn wir damals nicht zu der organisatorischen Einheit übergingen, so geschah das aus der Erkenntnis, daß sich beide Gruppen in den neu geschaffenen Zustand mit tiefster Erkenntnis seiner Notwendigkeit hineinleben wollten. Wir verkennen die Schwierigkeit nicht, die unsere Freunde aus dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei haben, um den letzten Mann und die letzte Frau davon zu überzeugen, daß die Erkenntnis von der Anwendung der Demokratie eine

geschichtliche Notwendigkeit geworden ist. In diesem Punkte haben wir es mit unseren Anhängern leichter. Die Schwierigkeit für uns liegt in der Tatsache, daß wir unsere Anhänger von dem Zweifel in die ehrliche Überzeugung der kommunistischen neuen Orientierung befreien müssen. Wer aufmerksam und mit Verantwortung sein Ohr auf das Herz der Organisationen legt, wird hören, daß noch manche *unreinen Schläge* da sind. Den kommunistischen Arbeitern muß rückhaltlos gesagt werden, daß eine erfolgreiche Zusammenarbeit nur möglich ist, wenn sie sich grundsätzlich daran gewöhnen, in ihrem sozialdemokratischen Kameraden nicht mehr den Verräter zu sehen. Ebenso rückhaltlos muß aber auch dem sozialdemokratischen Arbeiter gesagt werden, daß er an jeder Stelle vorbehaltlos zusammenzustehen hat. Es kann nicht angehen, daß in den letzten Ausläufern der Organisationen und in den kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften oft unter völliger Außerachtlassung des Grundsatzes demokratischer Parität der Versuch gemacht wird, sich gegenseitig den Rang abzulaufen. Wenn schon ein Wettbewerb stattfinden soll, dann darf es nur der Wettbewerb um die höhere und bessere *sachliche Leistung* sein. Ich glaube, mich mit unseren Freunden aus dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei einig zu wissen in der Annahme, daß wir gegen alle kleinliche Eigenbrötelei und Eifersüchtelei von beiden Seiten Stellung nehmen müssen. Nur so ist es möglich, einen Geist zu entwickeln, der sich nachhaltig und befruchtend auf die Frage der Einheit auswirkt. Je eher wir diese Voraussetzungen schaffen können, desto eher rückt der Tag einer organisatorischen Vereinigung heran. Denn ohne wirkliche beiderseitige Abstimmung auf eine echte Kameradschaft wäre eine einheitliche Organisation zur Aktionsunfähigkeit verurteilt.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch nachdrücklich und rücksichtslos aufräumen mit jener von bestimmter Seite in der sowjetischen Okkupationszone wie auch in den westlichen Gebieten Deutschlands oft und immer wieder verbreiteten Auffassung, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands befinde sich besonders unter dem Einfluß der sowjetischen Besatzungsbehörden lediglich *im Schlepptau* der Kommunistischen Partei. Obwohl die Tätigkeit der politischen Parteien begreiflicher- und verständlicherweise nur unter Kontrolle der militärischen Besatzungsbehörden gestattet ist — das trifft übrigens auch für die westlichen Gebiete Deutschlands zu — benutze ich diese Gelegenheit, um der russischen Administration für die Weitherzigkeit und Großzügigkeit zu danken, mit der sie unser organisatorisches Eigenleben und unsere politische Betätigung auf allen Gebieten zuläßt und unter völliger Wahrung und Duldung unserer eigenen Ansichten unterstützt. Dasselbe gilt auch von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei, an dessen festem Willen zur aufrichtigen Zusammenarbeit im Geiste gegenseitigen Vertrauens mit uns kein Grund zum Zweifel besteht. Sollten zwischen uns *sachliche* gegenteilige Meinungen auftreten, so bauen wir auf den zwischen uns entwickelten Geist der Kameradschaft, um zu wissen,

daß aus These und Antithese die Synthese auf höherer sachlicher Ebene gefunden werden kann. Wir rufen zum Zeugen für die Reinheit des Einigungswillens den Geist und das Blut auf, das in den Gefängnissen, Zuchthäusern, Konzentrationslagern und auf den Schafotten des Dritten Reiches zusammenfloß. In Uebereinstimmung mit diesem Willen darf Spaltungsmanövern und Sabotageversuchen an der Einheit kein Zoll Raum gewährt werden. Die organisatorische Vereinigung der deutschen Arbeiterbewegung und die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft sind unser unverrückbares Ziel.

Damit dürfte unser Verhältnis zur Bruderpartei geklärt sein.

Unsere Hand zum Aufbau gehört jedem, der bereit ist, gemeinsam mit uns ehrlich und sachlich zu arbeiten. Diese Worte richten sich auch besonders an unsere Freunde in den westlichen Reichsgebieten. Die erste Stufe zur politischen Einheit muß nach der Errichtung politischer Parteien in den westlichen Gebieten in der Schaffung einer *einheitlichen Sozialdemokratischen Partei* für Gesamtdeutschland liegen. In ruhiger und sachlicher Ueberlegung hoffen wir, daß alle unsere Genossen in dem westlichen Deutschland ihre Entscheidung in der Frage der Parteibildung einzig und allein von dem Interesse der deutschen Arbeiterklasse abhängig machen werden. Sie mögen sich besonders gesagt sein lassen, daß keinerlei persönliche Ueberlegungen ein Anrecht auf Beachtung haben, und wir versichern Ihnen auch, daß keiner unserer Berliner Genossen den Ruf nach der einheitlichen Partei erhebt, weil er damit irgendwelche Führungsansprüche geltend machen will. Wir Berliner sehen in uns lediglich die Treuhänder und Sachwalter solange, bis andere und bessere Genossen berufen werden, unsere Plätze einzunehmen. Wir würden es im Interesse der Gesamtentwicklung überaus bedauern, wenn unsere Genossen in der anglo-amerikanischen Zone aus Mangel an zutreffenden und ausreichenden Informationen zu Beschlüssen kämen, die sich für die Zukunft hindernd und hemmend auswirken müßten. Daß die Organisation dabei Schaden leiden würde, wäre bedauerlich, aber letzten Endes unwichtig. Wichtig ist nur, daß die deutsche Arbeiterklasse durch ihre einheitliche Sozialdemokratische Partei sich einen Sprecher schaffen muß, der berechtigt und berufen ist, im Namen der *gesamten* deutschen Arbeiterklasse und des *gesamten* deutschen Volkes mit den Alliierten und damit mit der Welt einmal wieder zu reden.

Bei klarer Ueberlegung und bei richtiger Einschätzung des internationalen politischen Kraftfeldes dürfte die Rolle der Sozialdemokratischen Partei für jeden klar sein. Ich will nur zwei Fragen aufwerfen:

1. Werden die gegenwärtigen bürgerlichen Parteien Deutschlands etwa allein von der Sowjetunion als die berufenen Vertreter des deutschen Volkes gewertet werden?

2. Wird die Kommunistische Partei Deutschlands etwa allein von den westlichen Mächten als die Gesamtvertretung der deutschen Arbeiterklasse und des deutschen Volkes gewertet werden?

Ich überlasse die Beantwortung dieser Fragen jedem einzelnen, um erkennbar werden zu lassen, welche Rolle der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands als Gesprächspartner zufallen wird. Sie ist klar: Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat die Aufgabe, für die politische Willensbildung als *Sammellinse* zu wirken, in der sich die Ausstrahlungen der übrigen Parteien und Anschauungen des politischen Lebens in Deutschland treffen. Und hier ist eine marxistische Geschichtserkenntnis auszusprechen: „Es kommt nicht darauf an, die Welt zu interpretieren, sondern sie zu verändern.“ Unser Beitrag zur Veränderung der Geschichte und der Welt besteht in der Aufgabe, den Neubau des Staates zu vollziehen.

Neubau eines Staates Der historische Auftrag der SPD

Man darf heute nicht von einem staatlichen *Wiederaufbau* hier sprechen. Der Staat ist neu zu bauen. *Ein Staat* ist neu zu bauen. Soviel bedeutet der Brückenabbruch 1945 gegenüber der Vergangenheit; soviel bedeutet Antifaschismus, wenn er aus der Sphäre des einfachen Gegen-Pendelschlags herausgehoben ist in die Sphäre, wo der *Antifaschismus ein geschichtlicher Auftrag* wird. Dieser Auftrag liegt vor. Den Ueberbau über den zu schaffenden neuen gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen dürfen wir selbst errichten. Wir dürfen die neue wirkliche Demokratie selber bauen.

Diesen neuen Staat bauen, heißt zunächst: einen Standpunkt für die Erkenntnis gewinnen, warum es zu Hitler und dem furchtbaren Ende des Deutschen Reiches im Jahre 1945 kommen konnte, einen Standpunkt, der fest genug gegründet ist, um darauf ein neues und lebensfähiges Deutschland zu errichten.

„Die Hitler kommen und gehen, aber der deutsche Staat, das deutsche Volk bleiben!“ Wir müssen wissen, wie es zu Hitler kam, diesmal nicht ökonomisch, nicht aus der Entwicklung der gesellschaftlichen Produktionsverhältnisse heraus, die wir schon kennen, sondern aus der Entwicklung des Ueberbaus über den gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen, aus dem Geist der herrschenden Klasse, ihrer Herrschaftsinstrumente und der Mentalität der Massen. Hitler machte die „blonde Bestie“ zu einem Typus, der einen grausigen Moment lang Geschichte zu machen versuchte. Der deutsche Generalstab, der deutsche General fand mit seltenen Ausnahmen sich bereit, diese von Hitler entfesselte „blonde Bestie“ mit zugekniffenen Augen, die Generalspension im Auge, jede Schandtät begehen zu lassen. Der königliche deutsche Kaufmann, die deutsche Hochbourgeoisie, ließ beide zu ihrem Amoklauf starten, als 1932 ein fehlgegangenes kaufmännisches Kalkül sie in ihrer Herrschaft bedrohte. Welches die Eigenarten eines Ueberbaus sind, der die „blonde Bestie“ zu einer Realität, einen Generalstab zum Zivilbenker und eine Hochbourgeoisie zum

Selbstmörder werden lassen, während die „blonde Bestie“ ja nur ein Aphorismus, der Generalstab ein Professorenkollegium und die Hochbourgeoisie der rechnende Verstand selbst zu sein schienen: Das ist das Problem des deutschen Ueberbaus in seiner letzten Phase, die 1945 in Potsdam abgeschlossen wurde. Es gibt nur eine Lösung für dieses Problem: Die besondere Lage der deutschen Menschen im Verhältnis zu einer Umwelt, deren Entwicklung eine andere war, erzeugten eine Geistesart und eine Willenshaltung, die in historisch kritischen Situationen entweder zu übermäßiger Schwäche oder zu übermäßigen Explosionen bereit waren, ohne den Anschluß an eine Umwelt zu finden, deren Geistesart und Willenshaltung den Regeln vernünftigen Lebens und vernünftigen Maßes naheblieb.

Von Karl V. a.a. ist die *Unterschiedlichkeit der Entwicklung* deutlich zu erkennen. In Karls des Fünften Reich ging die Sonne nicht unter. Kaum hundert Jahre später: 1648 ging in Deutschland die Sonne nicht mehr auf, Frankreich, die Niederlande, England standen im Glanz ihres Aufstiegs. Weitere hundert Jahre später: Frankreich, England, die Niederlande hatten die wichtigsten Punkte der Welt mit ihren Kolonialgesellschaften besetzt. In Deutschland kämpften Oesterreich und Preußen um den Vorrang in einem Reich, das kaum mehr atmete. Weitere hundert Jahre später: Die westlichen Völker haben ihre Revolutionen durchgekämpft. Der Bürger war Herr des Staates und der Welt. Die deutsche Revolution von 1848 brachte nicht die Geburt eines bürgerlichen deutschen Staates, sondern die preußisch militärische Vormacht in einem feudalistischen Bundesstaat, gegründet 1871 auf erobertem fremden Boden, auf der Spitze der Bajonette ein junkerliches Reich, das junkerlich und militärisch blieb, trotz und wegen aller Zugeständnisse an das Bürgertum. Die USA als Filiale des europäischen Westens verstärkten dessen Macht mit der gleichen bürgerlich-liberalen Struktur nach einem antifeudalistischen Bürgerkrieg.

Versuchen wir eine kurze Analyse, um das verfälschte Geschichtsbild, mit dem wir aufgewachsen sind und das jetzt zusammenbricht, durch ein Geschichtsbild zu ersetzen, das der Wahrheit treu bleibt. Mit der Renaissance und der Reformation war das *Zeitalter des Bürgertums* eingeleitet worden in der ganzen europäischen Welt. In Frankreich, den Niederlanden, England kam es zu einem vollen Sieg des Bürgertums über die abzulösenden feudalen Mächte. Die städtisch-bürgerliche Freiheitsbewegung ergriff die Partei aller derer, die sich gegen die Bindungen der mittelalterlich-ständischen Gesellschaft auflehnten und kam zum Sieg in der englischen Revolution, in der französischen Revolution. Die frühe und schnelle Entwicklung des Kapitalismus als der gesellschaftlichen Organisations- und Herrschaftsform des Bürgertums und die frühe Entstehung der Zentralgewalten im Staate waren das typische dieser Entwicklung. Das französische und englische Königtum stieg über das Landesfürstentum, weil es sich mit den städtisch-liberalen-zivilen Mächten verband. In diesem

Bündnis war die frühe Entstehung und die Stärke der einheitlichen Staatsgewalt in Frankreich und England begründet. Das liberal-kapitalistische Bürgertum schuf mit seinen kolonialen Handelsgesellschaften den französischen und englischen Königen die Voraussetzung für die Entstehung der späteren Kolonialreiche, aber auch die mächtigen Grundlagen des späteren bürgerlich-kapitalistischen Reichtums.

Die Reformation stellte sich in Frankreich und England als Waffe der städtisch-liberalen Freiheitsbewegung dem Feudalismus entgegen. Der aufkommende Kapitalismus ist zu einer kolonialen Welteroberung aus dieser geistig-liberalen Sphäre des Bürgertums aufgekreuzt. Als das liberal-städtische Bürgertum nach der französischen Revolution und den napoleonischen Kriegen in Frankreich und England auch zur offenen Herrschaft kam, konnte es die Macht übernehmen, weil es im Schoße der alten die neue Gesellschaft vorgebildet hatte mit allen Kräften und Formen, die es zur Machtausübung brauchte: das aus der religiösen Ueberwindung der mittelalterlichen Gebundenheiten auch philosophisch begründete Prinzip des Liberalismus, die vom feudalen Königtum nun gelöste zentrale Staatsgewalt und den Typus des freien Staatsbürgers, der in den Gestalten des „Citoyens“ und des „Gentleman“ vorgeformt war. Aus diesem Bürgertum wurde im Augenblick des Antritts ihrer offenen Herrschaft jene Bourgeoisie, wie sie später Karl Marx schilderte, die zur Sicherung ihrer Klasseninteressen die Freiheit als ihr Monopol, den Staat als ihr Herrschaftsinstrument und den Staatsbürger nach seinem Reichtum achtet und die eifersüchtig darüber wacht, daß Freiheit des Geistes, Bürokratie und Armee und proletarische Massen nicht zu Machtzentren mit eigenem Schwergewicht werden können.

Mit dem Prinzip des Liberalismus und der Wirtschaftsreform des Kapitalismus tritt die Bourgeoisie des Westens in ihre Herrschaftsrolle ein. Nach dem Grundsatz des Gesellschaftsvertrages ordnet sie die staatlichen Verhältnisse nach innen und entwickelt die parlamentarische Demokratie mit der strengen Ein- und Unterordnung des Heeres und der Bürokratie unter die Zwecke des zivilen bürgerlichen Willens. Das Prinzip der Verträge und der Grundsatz der Vertragstreue ordnen nach außen die Beziehungen zwischen den Völkern. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts ist die Entwicklung der bürgerlichen Welt im Westen abgeschlossen. Der Grundsatz des Liberalismus als Wirtschafts- und Reichtumsprinzip ist so stark und fruchtbar, daß in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts in England sogar die Zweckmäßigkeit des Kolonialbesitzes umstritten wird. Im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts leitet der Imperialismus der Beherrschung der Rohstoffquellen der Welt eine neue Epoche des Kapitalismus ein und bringt die Großbourgeoisie des Trust- und Finanzkapitals zur Herrschaft.

Warum hat Deutschland nicht ein gleiches oder ähnliches Schicksal erleben dürfen, wie die Mächte der liberalen westlichen Welt?

Warum war Deutschland 1914 vergleichsweise fast noch ganz ohne Kolonien? Warum war der deutsche Imperialismus so explosiv und aggressiv in seinen Methoden? Warum war der deutsche Geist überheblich, der deutsche Staat militärisch, die deutsche Demokratie 1933 zum Faschismus fähig? Das sind die Fragen, die zu klären sind. Auch hier soll die Geschichte Antwort geben. Vergleicht man mit dem Westen, so birgt die deutsche Geschichte leider keine Rätsel.

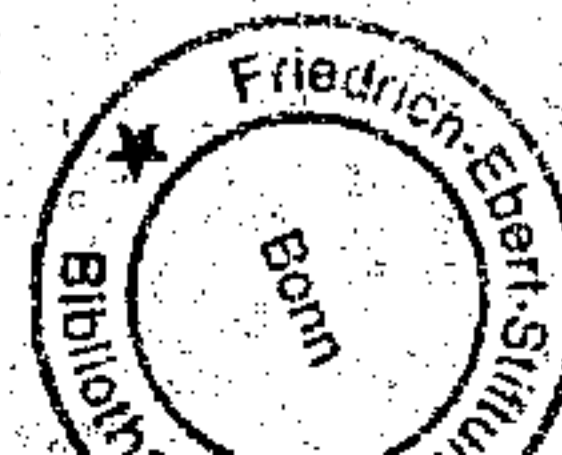
Die Renaissance und die Reformation hatten dem deutschen Bürgertum die gleichen Chancen geboten wie dem westlichen Bürgertum. Noch mitten in der Reformation gab der deutsche Bauernkrieg die Möglichkeit, die städtisch-liberale Freiheitsbewegung gegen die mittelalterlich-feudalen Gebundenheiten im Bündnis mit den Bauern zu führen. Auch Luther selbst rief dazu auf, die aufrührerischen Bauern zu morden, zu spießen, zu stechen und zu brennen. Wie die Reformation, schloß auch das liberale Bürgertum der Städte ein Bündnis mit dem Landesfürstentum gegen den antifeudalen Aufstand der Bauern.

Das Landesfürstentum wurde gestärkt statt geschwächt, und damit war der Grund gelegt zum Sieg des Obrigkeitstaates an Stelle des liberalen Bürgertums. Damit war für den Niedergang des Reiches der Grund gelegt, der Anschluß an die Entwicklung des Westens war verpaßt. Die Entscheidung war gegen das Bürgertum und für den Feudalismus gefallen. Alles andere, was wir zur Erklärung der Situation von 1914 und 1945 brauchen, ist aus der Geschichte abzulesen.

Die Reformation konnte den freiheitlich-liberalen Antrieben keinen Spielraum verschaffen, sondern brachte sie um ihren Erfolg. Die aufkommenden Obrigkeitstaaten waren nicht liberal, sie sahen vielmehr in der liberalen westlichen Weltbewegung einen Feind. Unaufhaltsam ging der Zug dahin, das deutsche Volk und seine politischen Organisationsformen zu antiliberalen Mächten auszugestalten.

Das erste war der Zerfall des Deutschen Reiches und die Verminderung eines Staates mit starker Zentralgewalt. Am Ende des Kampfes um Reformation und Gegenreformation, im Jahre 1648, stand ein entmachtetes Reich, ohne Souveränität und ohne Ansehen, ein entvölkertes und verarmtes Land, standen zerstörte Städte, ein verelendetes Bürgertum. Die Städte und ihr Bürgertum entwickelten sich zu den Residenzen und zu den Landeskindern ihrer geistlichen und weltlichen Fürsten. Das Landesfürstentum selbst entwickelte sich zum Obrigkeitstaate. Die von den Landesfürsten entwickelte Staatsverwaltung wurde zur obrigkeitlichen Bürokratie. An Stelle des freien Staatsbürgers entstand der Untertan als ewiges Gleichnis des deutschen Wesens bis in die heutigen Tage.

Statt des Starts über die Meere in die Welt, statt der Entwicklung des bürgerlichen Reichtums folgte der befreienden Reformation die Flucht in die Kleinstaaterei und die Kleinstädtereie und die Flucht in das deutsche Gemüt. Der Citoyen, der selbstbewußte Stadtbürger, der Gentleman, der Mann von Besitz und Haltung, blieben dem Westen



vorbehalten. Während das westliche Bürgertum Reichtum erwarb und die Welt eroberte und der westliche Geist die *Menschenrechte* und den Gesellschaftsvertrag vorbereiteten, mit dem die Gründung der Vereinigten Staaten und die französische Revolution mit der vollen Machtergreifung durch das Bürgertum, exerzierte Friedrich Wilhelm I. seine langen Kerls und führte Friedrich II. seine Kriege um Schlesien. 1848 aber, als die Geschichte dem deutschen Bürgertum die letzte Chance bot, endete in der gleichen Sackgasse, in der die deutsche Reformation und das Bürgertum in der Sackgasse von 1648, 200 Jahre früher, geendet hatten. Der Bürgerrevolution von 1848 blieb die reinigende Explosionskraft versagt, sie leitete ihre Energien auf preußisch-junkerliche Mühlen. Die *Einigung Deutschlands*, das neue deutsche Reich, wurde nicht durch Parlamentsakte, durch den Willen freier Bürger vollzogen, sondern 1871 mit dem Schwert auf den Schlachtfeldern Frankreichs erkämpft, auf der Spitze der Bajonette in Versailles gegründet, als ob es ein *antiliberales Gegenreich* gegen 1789 zu sein hätte. Die Herrschaft der junkerlichen Kaste blieb gesichert, dem Bürgertum wurden soviel Zugeständnisse gemacht, daß auch dem Junkertum der Vorteil der in Deutschland aufsteigenden neuen kapitalistischen Wirtschaftsordnung gesichert blieb. Der Westen wurde das Exil von Heinrich Heine wie von Karl Marx, die Kolonien des Westens wurden das Wanderziel der freien deutschen Bürger, die in das Deutschland nach 1848 nicht paßten. Die Massen des deutschen Volkes aber blieben *Untertanen*; sie blieben es trotz der Reformen von Stein, sie liebten ihren Papa Wrangel, sie verehrten ihren alten Kaiser, sie liebten ihre Militärzeit im stehenden Heere, sie liebten sie bis zum heutigen Tage.

Und der *deutsche Geist*? Die deutsche Geschichtsforschung hat den entscheidenden Unterschied zwischen der westlichen und der deutschen Entwicklung, die für die Völker so entscheidende Bedeutung der Entstehung des liberalen Staates als das Ergebnis der Auseinandersetzung mit den feudalen Mächten des Mittelalters kaum beachtet. Die meisten deutschen Geschichtsforscher blieben die stillen Verehrer des Obrigkeitsstaates, und blieben letztlich dem obrigkeitsstaatlichen Denken verhaftet. Sie waren und blieben private Gelehrte und stiegen zu dem Ludergeruch der Politik nicht hinab. Sie waren eine Elite der Geistesaristokratie, die den historischen Quellen und den geschichtlichen Gegebenheiten ihre Liebe schenkten und den Notwendigkeiten des lebendigen Lebens der Staatsvölker fremd blieben. Wie wäre es sonst möglich gewesen, daß im deutschen Geschichtsbild Friedrich II., Gneisenau, Moltke eine so einprägsame Rolle spielen konnten, während in dem Geschichtsbild der zivilen westlichen Völker, die Zeit der napoleonischen Kriege ausgenommen, die Namen von Feldherrn nur genannt werden, um vor der Geschichte ihre Funktion im Ablauf der politischen Dinge festzuhalten.

Die Philosophie des *deutschen Idealismus* ist sicher die beste Frucht der Zeit des Obrigkeitsstaates gewesen. Dem einzigen Manne

Immanuel Kant verdankt die ganze Welt Außerordentliches. Aber selbst sein kategorischer Imperativ ist noch ein Kommando. Das Ich soll sich mit dem altüberkommenen Krückstock weiterhelfen. Die Lehre vom Bürger und vom Staate ist keine Frage des lebendigen Lebens für den deutschen Idealismus, sie gehört in das Gebiet der Sittlichkeit und der Moral. Von Fichte bis Hegel ist das Ich Ausgang und Zielpunkt alles philosophischen Denkens. Staat und Welt werden bei Hegel zur Selbstdarstellung des Geistes, das heißt zum Produkt des philosophierenden Gelehrten. Von dieser Welt des das Denken beherrschenden Ich, in das sich die Seele des Gelehrten aus der Welt des Obrigkeitsstaates geflüchtet hatte, konnte kein weiter Schritt mehr sein zur Verherrlichung der Heiden und Heroen durch Richard Wagner und zu Nietzsches *Uebersmenschen*, die ihre verführerische Anziehungskraft auf den deutschen Untertan ausübten, bis sie zu seiner Bestialisierung durch Hitler mißbraucht wurden.

Im Politischen wurde der deutsche *Nationalliberalismus* zu derselben gedankenlosen Wortzusammenfügung, wie später der *Nationalsozialismus*. Dem Nationalliberalismus, der das Panier der politischen Bourgeoisie wurde, konnte es nicht bewußt werden, daß Liberalismus und ein junkerlich geführter Staat, der freie Staatsbürger und der Untertan miteinander unvereinbare Begriffe waren. So konnte und mußte es kommen, daß die imperialistische Periode der deutschen Wirtschaftsentwicklung, die mit der Jahrhundertwende begann und die eine verteilte Welt vorfand, sich nicht daran erinnern konnte, daß der *Platz an der Sonne*, den der deutsche Imperialismus suchte, nicht mit den Mitteln des Krieges, sondern nur mit den Mitteln des friedlichen Vertrages und den Mitteln des friedlichen Wettbewerbs erreichbar werden konnte. So konnte und mußte es kommen, daß sich in Deutschland ein junkerlich-industrielles Alldeutschtum bildete, dem „Deutschland, Deutschland über alles“ etwas ganz anderes war, als den bürgerlichen Revolutionären von 1848, denen dieses Lied aus der Sehnsucht nach einem einheitlichen bürgerlichen, freien Reich aus dem Herzen stieg. So konnte und mußte es kommen, daß die Massen des deutschen Volkes Untertanen blieben, die auf das Kommando ihrer junkerlich-industriellen Herren warteten, um jeden Befehl in sturem Gehorsam auszuführen. So konnte und mußte nach der Wilhelminischen Flottenrüstung, dem Säbelrasseln zu allen ungelegenen historischen Zeitpunkten, den Unheil schwangeren Episoden von Tanger, Agadir und Casablanca der erste Weltkrieg ausbrechen und alle liberalen Staaten und Völker gegen Deutschland zusammenfügen.

Die Republik von Weimar war nur eine Episode auf dem Weg der Selbstzerstörung dieses unglücklichen, an den großen, in der Geschichte gegebenen Chancen seit 300 Jahren immer vorübergehenden deutschen Volkes, sich eine eigene liberale Staatlichkeit und einen freien Bürger zu schaffen, die den Anschluß an die übrige Welt

gesichert hätten. Dieser Anschluß wurde auch in der *Demokratie nach 1918* nicht gefunden. Nach 1918 kamen sechs Jahre innerer Turbulenz mit der Vernichtung der Wohlstandsgrundlage großer bürgerlicher Mittelschichten durch die Inflation. Dem folgten fünf Jahre schwerer, aber auch erfolgreicher Anstrengungen, mit Hilfe des Auslandes der deutschen Wirtschaft wieder eine Lebensgrundlage zu geben. Im Jahre 1929 zeichneten sich die ersten Merkmale einer kommenden Wirtschaftskrise ab, die eine Weltwirtschaftskrise war und Deutschland nach den Gesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung mit in ihren Strudel ziehen mußte. Diese fünf Jahre von 1924 bis 1929 waren zu wenig, um das deutsche Volk zu dem Bewußtsein zu erziehen, daß es für sein Geschick allein verantwortlich geworden war, um einen demokratischen deutschen Bürger zu erziehen, der sich seiner Verantwortung für den Staat bewußt war.

Die hochkapitalistische Bourgeoisie und das Junkertum hatten auch begriffen, wie sehr die Zeit ihrer Herrschaft bald ein Ende bereiten mußte, wenn die Demokratie in Deutschland endlich jene Wirklichkeit werden würde, die zu werden sie 300 Jahre lang verhindert worden war. Es kam das Jahr 1931 mit seinen Bankzusammenbrüchen, die die deutsche Hochbourgeoisie erkennen ließen, daß sie nur die Wahl hatte zwischen einer Demokratie, die die Herrschaftsgrundlagen des Finanzkapitals beseitigte, und dem Nationalsozialismus, der ihr allein eine Rettung zu bieten schien. Und damit sind wir am Ausgangspunkt unserer Betrachtung wieder angelangt.

Es kam zur Herrschaft *Hitlers*, es kam zur Aufrüstung, es kam zum zweiten Weltkrieg, es kam zur Besetzung Deutschlands, es kam zur Streichung Deutschlands aus der Liste der führenden Völker der Welt. Es kam zu dem allen, weil dem deutschen Geist die Erzieher zur politischen Selbstverantwortlichkeit der Bürger für ihren Staat fehlten, weil das junkerlich gebliebene Staatswesen den freien, um seine Selbstbestimmung besorgten Bürger nicht kannte, weil die Massen des Bürgertums in ihrem Wesen Untertanen geblieben waren und weil das Heer nicht Diener einer zivilen Staatsgewalt wurde, sondern als militärisches Instrument herrschender Klassen sein Eigenleben fortsetzen konnte.

Die deutsche Arbeiterklasse trägt an dieser Entwicklung keine Schuld. Es waren die Begründer des *wissenschaftlichen Sozialismus*, die die Abkehr von den verfehlten Wegen des deutschen Idealismus vollzogen: es waren Karl Marx und Friedrich Engels, die mit der Begründung der verschmähten und verleumdeten materialistischen Geschichtsauffassung die Welt wieder auf die Füße stellten, nachdem der deutsche philosophische Idealismus sie auf den Kopf gestellt hatte. Es war die *deutsche Arbeiterklasse*, die das liberale Erbe der im Jahre 1848 vom deutschen Bürgertum verfehlten Revolution gegen die feudalen Gewalten aufnahm und die Herrschaft des zivilen Staates über das Heer ebenso forderte, wie ihr ganzer politischer Kampf der Beseitigung der junkerlichen Vorherrschaft und des Militarismus in

Deutschland gewidmet war. Es war auch die Welt des Sozialismus und es waren auch die Massen der politisch und gewerkschaftlich geschulten deutschen Arbeiterklasse, die Hitler als das Verhängnis Deutschlands erkannten und in unbeugsamen innerem Widerspruch dem Nationalsozialismus die Gefolgschaft versagten.

Wenn heute ein neuer Staat in Deutschland aufzubauen ist, so ist die deutsche Arbeiterklasse und in ihr die *Sozialdemokratische Partei Deutschlands* zuerst dazu berufen, diesen neuen Staat zu errichten. Wenn auf dem Wege zur Errichtung dieses neuen Staates das uns überkommene Geschichtsbild zu revidieren ist, so sind die Ideen der Freiheit, der Verantwortlichkeit des Staatsbürgers für seinen Staat und der Unterordnung aller Machtinstrumente unter den Willen einer zivilen Staatsgewalt in den Händen der deutschen Arbeiterklasse am besten aufgehoben. Wenn wir für die Umerziehung des deutschen Volkes ein neues Leitbild brauchen, so wird es die deutsche Arbeiterklasse am besten verstehen, das unglückselige Leitbild des Untertanen durch das neue Leitbild des freien Staatsbürgers zu ersetzen.

Auf dem Wege dorthin wird zur Umerziehung des deutschen Volkes vieles geschehen müssen, was auch die Revision des gesamten deutschen Bildungsgutes sicherstellt. Der Liberalismus des Westens und der Sozialismus sind aus der Bankrottmasse dieses zweiten Weltkrieges als lebensfähig hervorgegangen. Wir werden das Bildungsgut des Westens und auch des Ostens darauf prüfen müssen, wie wir den Anschluß an jene Welt herstellen, die ihre Lebensfähigkeit erwiesen hat. Wir sind darum nicht bange, daß uns der Neubau eines deutschen Staates gelingen wird. Und wenn auch das deutsche Volk durch seine eigene Schuld nie wieder ein Reich mit dem früher so illusionären Glanz werden wird, es wird eine neue Freiheit und die Achtung im Kreise der Völker wiederfinden. Auf diesem Wege kann, will und wird die Sozialdemokratische Partei Deutschlands das deutsche Volk führen.

Nachdem der stürmische Beifall verklungen war, nahm Genosse

Wilhelm Pieck

als Vertreter des Zentralkomitees der KPD

das Wort. Er unterstrich die kameradschaftliche Zusammenarbeit der beiden Arbeiterparteien beim Aufbau des neuen Staates und sieht in dieser Zusammenarbeit die Vorstufe, die zur Einheit der Arbeiterklasse führen soll. Das gemeinschaftliche Bestreben beider Vorstände der Organisationen, das uns noch Trennende zu klären, soll durch die Herausgabe einer Zeitschrift unterstützt werden. Auch die KPD hat die Lehren aus der Vergangenheit gezogen: die Lösung der gemeinsamen großen Aufgaben verlangt in allen Bezirken ehrliche und keinerlei Mißdeutungen zulassende Tätigkeit. Unter lebhafter Zustimmung der Versammelten bezeichnete Genosse Pieck diejenigen als Schädlinge der Arbeiterklasse, die es wagen, in ihrem Dienstbereich persönliche Interessen in den Vordergrund zu stellen! Genosse Pieck schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, eine einheitliche Partei zu schaffen, um die begonnenen Aufgaben zu Ende zu führen.

Schlußwort

des Genossen Max Fechner

In seinem Schlußwort wies der Genosse Max Fechner auf das Historische der Versammlungsstätte hin. Im Jahre 1911 war es, als hier die großen Vorkämpfer der internationalen Arbeiterklasse August Bebel und Jean Jaures zur Berliner Arbeiterschaft über die Marokkofrage sprachen und den damaligen Reichskanzler Bülow veranlaßten, im Reichstag zu Bebel zu sagen, daß die Politik nicht in der „Neuen Welt“, sondern in der Wilhelmstraße gemacht werde. „Nun“, so rief Fechner symbolisch deutend aus, „die Wilhelmstraße steht nicht mehr, sie liegt unter den Trümmern der Politik, die jene Kanzler gemacht haben. Die „Neue Welt“ aber steht.“ So wie damals August Bebel seine Politik, die Politik der Sozialdemokratie, vertrat, so tat es heute ebenso beredsam, ebenso begeisternd unser Genosse Grotewohl. Das waren politische Worte, da sind Richtlinien für unsere Arbeit. Klar und deutlich hat er alle vor uns liegenden Probleme behandelt. Offen, ganz offen hat er zu allen wichtigen schwebenden Fragen nicht nur seinen, sondern unseren Standpunkt vertreten.

So sind wir gerüstet für den kommenden Kampf, und ich erkläre von dieser Stelle, sollte es nunmehr etwa die Reaktion von neuem wagen, ihr Haupt zu erheben, dann, Genossen, erkläre ich, wir werden uns anders zu verteidigen wissen als 1933. Das soll ein Gelöbnis sein. Du und ich, Genosse! Wir alle müssen jetzt das Banner im Kampfe vorantragen. Wir müssen gemeinsam mit allen antifaschistischen Kräften den neuen demokratischen Staat schaffen und ihm Inhalt und Form geben und ihn stützen für alle Zeiten.

Die Pflicht soll uns zusammenketten,
Wir strecken aus die Bruderhand.
Aus geist'ger Schmach das Vaterland,
Das Volk vom Elend zu erretten.

Wir wissen, wo wir stehen, und wohin wir gehen. Wir werden eine neue Welt schaffen, in der wieder Glück und Friede herrschen muß.

Mit einem begeistert aufgenommenen „Hoch auf die Sozialdemokratie“ und dem spontan angestimmten Lied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit...“ gingen die Funktionäre hinaus an die Arbeit.

Das Volk

TAGESZEITUNG DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI
DEUTSCHLANDS.

*arbeitet führend am Wiederaufbau Deutschlands mit.
Es setzt seine ganze Kraft für die Neubelebung der
deutschen Wirtschaft ein.*

„DAS VOLK“

*baut auf, was der verbrecherische Nazi-Wahnsinn
zerstörte. Es ruft auf zum Kampf gegen Nationalis-
mus, Faschismus und Militarismus, gegen Hunger
und Seuchengefahr.*

„DAS VOLK“

*schreibt für das Volk. Es mahnt die Säumnigen und
weckt die Schlafenden. Als vornehmste Aufgabe hat
es sich die geistige Schulung aller derer gestellt, die
gewillt sind, für Deutschland und sein Volk zu arbeiten.*

„DAS VOLK“

*ist das Sprachrohr der führenden Männer der Sozial-
demokratischen Partei Deutschlands. Es ist das Blatt
der Kopf- und Handarbeiter, das Blatt der denkenden
Massen!*

Das Volk

VERLAG UND REDAKTION: BERLIN W 8, BEHRENSTR. 35-39

DAS VOLK

1946

Ein Jahrbuch für die Familie

*

*Der Kalender wird eine willkommene Gabe für den
Weihnachtstisch sein. Neben namhaften Autoren, wie
Bruno Bürgel, arbeiten an ihm bekannte Graphiker
mit. Einige mehrfarbige Aquarelle machen den auch
sonst reich illustrierten Kalender zu einem besonders
wertvollen Geschenk.*

*Neben dem Kalendarium und den Gedenktagen, die
von den Nazis gestrichen wurden, enthält das Buch
wertvolle Aufsätze, gute Erzählungen und Gedichte,
Ratschläge für den Gärtner und Kleintierzüchter so-
wie eine Fülle von allerlei Wissenwertem. Ein Kalen-
der vom „Volk“ für das Volk.*

*Zum Jahresende ist das Buch durch alle „Volk“-Filialen und
-Kolporteurs sowie durch alle Buchhandlungen zu beziehen.*

*

VERLAG **Das Volk** BERLIN

BERLIN W 8 · BEHRENSTRASSE 35-39

Unsere Broschürenreihe

Demnächst werden in zwangloser Reihenfolge laufend erscheinen:

- 1. Schule der Demokratie**
Bücher- und Broschürenfolge für den politischen Neuaufbau Deutschlands.
- 2. Die Frau im demokratischen Staat**
Bücher- und Broschürenfolge für die deutschen Frauen in Beruf und Haushalt.
- 3. Wir und die anderen**
Bücher- und Broschürenfolge für die Völkerverständigung.
- 4. Volk im Wiederaufbau**
Bücher- und Broschürenfolge für den wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands.
- 5. Sozialer Aufbau**
Bücher- und Broschürenfolge für den sozialen Aufbau Deutschlands.
- 6. Bauen / Wohnen / Siedeln**
Bücher- und Broschürenfolge. Helfer beim Wohnungsbau und bei der Einrichtung.
- 7. Jugend und Erziehung**
Bücher- und Broschürenfolge für die geistige Erneuerung Deutschlands.
- 8. Volk, Kunst und Wissenschaft**
Bücher- und Broschürenfolge für Schule und Familie.
- 9. Volksgesundheit und Körperkultur**
Bücher- und Broschürenfolge. Ratgeber zur Erhaltung der Arbeitskraft.
- 10. Hausfrauen im Haushalt**
Bücher- und Broschürenfolge. Unentbehrlicher Helfer im Haushalt.
- 11. Gartenbau und Kleintierzucht**
Bücher- und Broschürenfolge. Ratgeber für Garten und Stall.
- 12. Volks-Feierstunde**
Bücher- und Broschürenfolge für die Familie. Zur Unterhaltung und Bereicherung des Wissens.

Bestellungen, auch von Wiederverkäufern, nehmen der Verlag und alle Berliner „Volk“-Filialen entgegen.

VERLAG **Das Volk** BERLIN

BERLIN W 8 · BEHRENSTRASSE 35 - 39

„Telegraf-Archiv“



**Das Zeichen für Wahrheit
Für Recht und für Klarheit!**

*